märz 04

alhambra

zeit
ung
und
pro
gramm

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

IHhalTsStoFFe:

kaleidoskopia
eine literaturseite 3

Immer wieder, jede Woche...
zum frauentag im computerraum 4

Stell dir vor, die Pflicht ruft
zum sozialen pflichtjahr 5

RFID
neue wege uns zu durchleuchten 7

München ärgere dich
zur nato-sicherheitskonferenz 12

das grosse Arbeitslos
eine veranstaltung der ALSO 16

so geht's auch
Streik der WerftarbeiterInnen in Spanien 19

Gegen Monster und Machos
Der mühsame Befreiungskampf der indigenen Frauen in Südmexiko 20

der letzte Samurai
die neue Rechte in Japan 22

Nazis stoppen
Kommt nach WHV - Bilder aus HH 25

Veranstaltungen 26

Konzerte
und warum sie kosten was sie kosten 27

Kaleidoskopia

Du existierst,

du lebst, du bist,

und du kapierst

nicht, wie das ist,

wenn diese deine eigne Welt

nur deshalb einen Sinn erhält,

weil da die Möglichkeit besteht,

daß es für dich auch anders geht

Wiebke Blank

Anfang des Jahres 2003 wurde von dem Frauenplenum des Alhambra ein wöchentlicher männerfreier Tag (ohne Mackerverhalten und überlegenes Technikgepose), im Computerraum des Alhambras auf dem NutzerInnenplenum beantragt. Es wurde der Mittwoch vorgeschlagen, da dieser Tag sowieso schon der Frauentag im Alhambra ist, was heißt, dass dieser Tag für Frauen-Lesbenveranstaltungen freigehalten wird und nur nach Absprache mit den Veranstalterinnen anders genutzt werden soll.
Es machte den Anschein, dass mit dieser Einrichtung alle leben können, denn es wurde keine ablehnende Haltung offenbart - zumindest nicht in unserer Gegenwart.
„Schön", dachten wir uns „das war ja easy" und freuten uns über einen neuen Freiraum.
Leider verhält sich das Ganze in der Praxis nicht so unproblematisch, wie wir, wahrscheinlich naiver Weise, gehofft hatten. Es ist schon verblüffend, dass einige der regelmäßig den Computerraum nutzenden Männer, ausgerechnet immer wieder mittwochs vergessen, welchen Wochentag wir gerade haben. Nach über zehn Monaten kommt es immer noch vor, dass „total wichtige, dringende Sachen" nicht vor Mittwoch erledigt werden können und Sätze wie „Kann ich nicht mal eben...ähm...das muss halt unbedingt fertig werden..." zählen zur mittwöchlichen Tagesordnung. Dies regt ebenso zum Nachdenken an wie, dass es immer wieder notwendig ist, Männer die trotzdem vorm Computer sitzen

darauf hinzuweisen, dass sie ja eigentlich heute nicht dürfen.
Und da genau fangen unsere Probleme an. Sicher haben einige von uns eigentlich nichts dagegen, dass X oder Y, den wir ja auch nett finden und mit dem wir ja sonst auch den Raum teilen und der einzelne Frauen vielleicht ja auch wirklich nicht stört, mal eben was ausdruckt oder eine „wichtige, dringende Sache" erledigt. Nur macht sich das Gefühl breit, dass einige, selbstverständlich antipatriarchale Männer, genau diese Tatsache ausnutzen, um über Vitamin-B dann doch den Raum nutzen zu können. Anders lassen sich unserer Meinung nach Reaktionen auf den Hinweis, dass mal wieder Mittwoch sei wie „Oh...hab´ ich ganz vergessen. Soll ich rausgehen?" nicht erklären. Vor diese Frage gestellt, befindet sich frau in einer ziemlich unangenehmen Situation. Wenn sie „Nein, bleib´ ruhig, du störst mich ja nicht" antwortet, kommt es eventuell zu der Situation, dass X vor einem Computer sitzt, wenn noch eine Frau oder gar Y oder Z auftauchen, die sich dann wahrscheinlich denken `Wenn der darf, dann will ich auch´. Wenn sie antwortet „Ja, natürlich sollst du gehen!", wird sie zur Spielverderberin oder blöden Prinzipienreitereizicke, weil er den Raum verlassen muss, obwohl dadurch Computer ungenutzt bleiben, die er sinnvoll nutzen könnte. Davon mal abgesehen ist es doch wieder die einzelne Frau, die ein – von allen abgesegnetes – Prinzip durchdrücken muss. Womit wir bei einem weiteren Problem wären:
Es scheint eine große Empörung seitens der Männer über die Nutzung bzw. Nicht-Nutzung des Frauentages im Computerraum zu geben, die dafür sorgt, dass sie sich Kommentare wie „Der Frauentag wird ja auch nicht genutzt - fast jedes Mal, wenn ich mittwochs hier bin, sind alle Rechner frei", dann doch nicht verkneifen können. Einige scheinen das mit dem Frauentag auch so verstanden zu haben, dass Frauen den Computerraum nur noch mittwochs zu benutzen haben. So kam es an einem Donnerstagvormittag zu folgender Aussage: „Boah! Heute sitzen hier zwei Frauen rum und gestern war keine einzige Frau hier, obwohl Mittwoch war...!"
Die Aussage, dass der Frauentag nicht oder ungenügend viel genutzt wird, basiert vermutlich auf der Beobachtung einzelner Männer, denen es mehrmals(?) passiert ist, dass sie am Mittwoch hierher kamen und keine Frau im Computerraum vorfanden...allein das regt zum Nachdenken an.
Auch, wenn es uns eigentlich zu blöd ist, können wir dazu nur sagen, dass es definitiv nicht stimmt, dass der Frauentag nicht auch von Frauen genutzt wird und dass Menschen, die viel Zeit im Alhambra verbringen wissen, dass auch an anderen Tagen der Computerraum nicht vierundzwanzig Stunden am Tag genutzt wird. Davon abgesehen gibt es auch andere feste Termine, die den Compiraum „blockieren".
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir fordern, dass der Frauentag im Computerraum - es ist übrigens der Mittwoch - wirklich akzeptiert und als solcher behandelt wird oder zumindest eine als ernst gemeint zu erkennende Kritik geäußert wird. Wir haben keine Lust mehr auf eine Praxis, die vermuten lässt, dass die Befürwortung eines Frauenfreiraumes, auf der Angst vor dem erhobenen antipatriarchalen Zeigefinger und nicht auf zumindest irgendeiner Form der Auseinandersetzung oder gar Solidarität basiert.

das alhambra-frauenplenum

Stell dir vor, die Pflicht ruft

Das Gerede vom sozialen Pflichtjahr ist die karitativ maskierte Debatte über eine autoritäre Maßnahme. **von ivo bozic**

Es gibt nicht wenige bürgerliche Linke und liberale Grüne, die dem Neoliberalismus durchaus etwas abgewinnen können. Immerhin, und das freut sie besonders, bedeutet er einen weiteren Rückzug des Staates – zumindest im Bereich der Ökonomie. Doch während auf der einen Seite die Wirtschaft immer unabhängiger von Politik und Staat agiert, nimmt der Einfluss des Staates auf das Leben seiner Bürger deutlich zu. Statt antiautoritärem Liberalismus erleben wir, wie Wirtschaftsliberalismus einerseits mit einer neuen autoritären Formierung der Gesellschaft andererseits einhergeht. Und damit sind nicht nur unter dem Vorwand der Volksgesundheit durchgezogene Antiraucherkampagnen gemeint – aber auch die! Auch dabei geht es schließlich um obrigkeitsstaatliche Einmischung in die Privatsphäre, in die individuelle Freiheit. Einmischungen, wie wir sie im Alltag immer häufiger beobachten können: totale Überwachung, die Speicherung unserer Daten auf Autobahnen, an Flugzeugschaltern, im Internet, abgehörte Telefone, Gen-Dateien, videoüberwachte Straßenbahnen, Fußgängerzonen, Einkaufsmeilen. Man kann wahrlich nicht davon sprechen, dass sich der Staat überall zurückzieht.

Nun planen einige Politiker einen der größtmöglichen Zugriffe auf die individuelle Freiheit, die man denken kann: ein soziales Pflichtjahr für alle.

Anders gesagt: systematisierte Zwangsarbeit im Dienste der Nation.

Bisher gibt es das nur in Haftanstalten und in Form der – kurz vor ihrem Ableben stehenden – Wehrpflicht. Im Militär ist die psychologische und soziale Zurichtung immer totalitär und autoritär. Da geht es nicht nur um einen Zwangsdienst, sondern auch um die Erziehung des Bürgers zum gehorsamen Diener seines Vaterlands, zum dumpfen Befehlsempfänger, zum Kameraden der Herrschenden.

Anders beim sozialen Jahr. Hier werden soziale Kompetenzen nicht zerstört, wie – ganz bewusst – bei der Bundeswehr, sondern gefördert. Kein Wunder, dass 70 Prozent der Deutschen so etwas begrüßen würden nach dem Motto: Schwerter zu Roll-

stühlen. Und in der Tat, so manchem rasierten Hohlkopf, den man Samstagnacht in seinem tiefer gelegten schwarzen Golf über die dörfliche Landstraße zum Treffpunkt an der Tankstelle rasen sieht, wünscht man, dass er sich zumindest ein Jahr seines kümmerlichen Lebens nützlich machen würde. Das wäre immerhin besser, als ausgerechnet solchen Strolchen auch noch eine Waffe in die Hand zu drücken und ihnen das Killen beizubringen. Doch leider hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Wenn aus der Pflichteine Berufsarmee wird, dann werden sich die ärmsten Lichter, jene mit der geringsten sozialen Kompetenz und dem größten Aggressionspotenzial genau dort einfinden und aus der Bundeswehr endgültig eine große Wehrsportgruppe machen. Wer die Abschaffung der Wehrpflicht fordert statt der Abschaffung des Militärs, der muss wissen, was er sich damit unter Umständen einhandelt.

Das Gerede vom sozialen Pflichtjahr ist nur die karitativ maskierte Debatte über eine autoritäre Maßnahme. Es geht nicht um die Erziehung zum verantwortungsvollen, solidarischen Miteinander. Und es sind auch nicht die leeren Staatskassen, die Politiker darüber nachdenken lassen, solch einen nationalen Dienst einzuführen. Kurz- und mittelfristig würde ein derartiges Pflichtjahr sogar ungeheuere Summen kosten. Was ist es dann, was Politiker von der CDU bis zur SPD veranlasst, eine entsprechende Debatte anzuzetteln? Die Verpflichtung des Bürgers zum Staatsdienst hat vor allem ideologische Gründe. Den Bürgern, und auch den Bürgerinnen, soll vermittelt werden, sie hätten einen bestimmten Beitrag zur Gemeinschaft, zur Aufrechterhaltung des Gemeinwohls zu leisten. Als ob sie das im privaten Raum und durch ihre Steuerabgaben nicht schon täten. Die Dienstleistenden werden zu Komplizen des Staates gemacht. Man bedient das Konstrukt der nationalen Volksgemeinschaft, in der »das Volk« und »sein Staat« an einem Strang ziehen. Jeder Deutsche habe die Verpflichtung, für sein Land, also für seinen Staat und seine Nation, einzustehen. Genau in dem Moment, da sich der Staat mehr und mehr aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht, wie bei der Rente oder der Gesundheitsversorgung, will man der Bevölkerung vermitteln, sie selbst sei der Staat, sie selbst trage dafür die Verantwortung, dass der Wohlstand gewahrt bleibe. Und daher sei jeder Protest oder Widerstand gegen den Sozialabbau im Grunde asozial. Die Identifikation des Bürgers mit seinem Staat ist eine wichtige Voraussetzung des völkisch-nationalen Projektes, wie es seit der Wiedervereinigung reanimiert wurde. Wo Herrscher und Beherrschte eine Gemeinschaft bilden, eine Volksgemeinschaft also, da regt sich auch kein sozialer Widerstand. Dieselben Motive oder zumindest dieselben Konsequenzen stecken hinter den Diskursen von der Zivil- und Bürgergesellschaft, von der Anerkennung des Ehrenamts. Linksliberale Sozialwissenschaftler glauben, dass bürgerliches Engagement zu mehr gesellschaftlicher und damit auch demokratischer Partizipation führt. Dazu, Gemeinsinn zu fördern, Verantwortung zu verteilen, zu dezentralisieren und Hierarchien abzubauen. Doch das ist Unsinn! Denn die Hierarchien bleiben dieselben, und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten erhält der fleißige Bürger als Dank für sein Bemühen nicht. Und ob ihm selbst einmal geholfen wird, hängt von der Hilfsbereitschaft anderer Bürger ab. Und das alles unter den Bedingungen eines immer gnadenloseren Kapitalismus mit immer weniger sozialer Sicherheit und immer härterem Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt.

Das Gerede vom sozialen Pflichtjahr ist doppelzüngig. Während einerseits an die Verantwortung des Einzelnen, an den Gemeinsinn und das Engagement appelliert wird, greift der Staat gleichzeitig massiv in die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger ein und macht sie zumindest für ein Jahr zu seinen Sklaven.

Schließlich würde sich auch bald die Frage stellen, wer denn diesen Dienst zu leisten hätte. Nur die Deutschen? Oder auch die in Deutschland lebenden Ausländer? Das würden die anderen Staaten wohl kaum zulassen, denn beim Militärdienst gibt es schließlich auch keinen Zugriff auf Nicht-Staatsangehörige. Was, wenn ein Deutscher ins Ausland zieht? Wie wäre das alles mit dem europäischen Einigungsprozess vereinbar? War man nicht gerade erste Schritte in Richtung eines neuen Staatsbürgerschaftsrechts gegangen? Die Einführung eines solchen Pflichtjahres würde erneut einen Trennstrich zwischen Deutschen und Nichtdeutschen ziehen, und dazu führen, dass Menschen mit dem falschen Pass wieder mal als Fremdkörper angesehen werden.

Das nationale Dienstjahr wäre ein ideologischer Sieg für die Ewiggestrigen, die noch in den Kategorien des Obrigkeitsstaates denken, und für die völkisch-nationale Formierung. Scheinbar eine typisch deutsche Angelegenheit. Denn von 19 Nato-Staaten haben 13 keine Wehrpflicht, und nirgends gab es Diskussionen um ein soziales Pflichtjahr als Ersatz. Das einzige Land mit einem vergleichbaren Zwangsdienst, wie ihn hier unter anderem der SPD-Politiker und immer fröhliche Pop-Musik-Beauftragte seiner Partei, Siegmar Gabriel, fordert, ist das von einer Militärdiktatur regierte Birma. Allerdings verstößt der Vorschlag gegen das Grundgesetz, die Europäische Menschenrechtsknvention und diverse andere deutsche und europäische Gesetze, so dass in absehbarer Zeit nicht mit der Umsetzung jenes Plans zu rechnen ist.

RFID – ein Wort das wir noch öfter

Radio Frequency Identification

Technologiestudien gehen davon aus, dass spätestens 2010 RFID-Funkchips (Radio Frequency Identification) die heutigen Barcodes ersetzt haben werden. Ein solcher Chip enthält einen elektronischen Produktcode, der lang genug ist, um weltweit jeden Gegenstand eindeutig zu identifizieren. Sobald ein RFID-Lesegerät ein Funksignal abgibt, antworten in der Nähe befindliche Chips, indem sie ihre Daten über mehrere Meter hinweg übermitteln.

Die Bielefelder Datenschützergruppe Foebud hat durch Zufall RFID-Chips in der Payback-Kundenkarte einer Metro-Stores gefunden. Wer den Markt aufsucht, muss an zwei großen Antennen vorbei gehen, und ein Computer könnte auslesen, wer den Laden betreten hat, was und wann eingekauft wurde. „Technisch ist es möglich, dass die Kunden des Metro Future Stores „Extra-Supermarkt" in Rheinberg ausspioniert werden, ohne dass sie es merken," so die Datenschutzgruppe gestern in Bielefeld.

Zur Metro-Gruppe gehören u.a. die Kaufhauskette Galeria Kaufhof, der Discounter Real, der Heimwerkermarkt Praktiker, und die Elektronikmärkte MediaMarkt und Saturn. Die Payback-Karten des Future-Store werden bereits jetzt von den Kunden in anderen Payback-Partner-Unternehmen eingesetzt.

Bedenklich stimmt die Verbraucherschützer, dass der Metro-Konzern versucht habe, die Öffentlichkeit zu täuschen. Nachträglich hätte der Großhändler kleine Hinweisschildchen an ein DVD-Regal angebracht, mit denen auf den Chip in der Payback-Karte hingewiesen wird. Man sei behaupteten worden, dass diese Hinweise dort schon „seit einiger Zeit" gehangen hätten. Die Datenschützer meinen mit Fotos beweisen zu können, das sich die Warnhinweise zuvor nicht an dem Regal befunden hätten. Foebud wertet dies als Hinweis darauf, dass sich die Metro-Vertreter über die Brisanz dessen im klaren sind, Kunden heimlich mit Schnüffelchips ausgestattet zu haben.

LETZTE MELDUNG vom 27.3: Metro zieht RFID-Karte zurück

In der Auseinandersetzung um den Einsatz der RFID-Technologie Future-Store von Metro konnten die Bürgerrechtler und Datenschutzaktivisten einen Teilerfolg erzielen. Wie die Metro AG heute mitteilt, wird der Konzern eine Forderung der Kritiker erfüllen und 10.000 Payback-Kundenkarten austauschen lassen, die einen RFID-Chip enthalten. Stattdessen werden die Kunden in den nächsten Wochen Karten ohne solche Chips erhalten.

(erstmal...die konzerne werden sich diese chance bestimmt nicht auf dauer entgehen lassen sondern nur ein bißchen warten bis wieder andere themen aktuell sind... meint jedenfalls die redax)

hören werden.

EXTRA ZUKUNFT für alle: die EXTRA FUTURE CARD?

Berichte der Gruppe Foebud:

Als wir am Sonntag, 1.2.2004, während des Vortrags „Public Domain" von Katherine Albrecht (Boston, USA) eine Kundenkarte des Metro-Future-Stores in Rheinberg, auf unser RFID-Lesegerät legen, erscheint zu unserer Überraschung eine Identifikationsnummer. Mit dem Auslesen so eines Schnüffelchips könnten Kunden theoretisch eindeutig identifiziert werden, schon beim Betreten des Ladens. Und alle Einkäufe eines Kunden sind damit ebenfalls verknüpfbar - der gläserne Kunde, berührungslos per Funk ausgelesen? Technisch inzwischen möglich.

Am Montag vormittag legen wir die Future-Store-Payback-Karte unter ein Röntgengerät: Eindeutig sind Schnüffelchip (rechts unten) und Antenne (die Streifen, die rechteckig um die Karte herumlaufen) zu erkennen.

Deutlich: „Die deutschen Kundinnen und Kunden sind Versuchskaninchen für die ganze Welt." Mit diesem Satz überrascht die Amerikanerin Katherine Albrecht die Besucher der FoeBuD-Veranstaltung im voll besetzten Bunker Ulmenwall am Sonntag, 1.2.2004. Der Metro Future Store in Rheinberg bei Duisburg war **das** Beispiel für ein „erfolgreiches Test-Projekt" zur globalen Einführung der Schnüffelchips (RFIDs - Radio Frequency IDentification Tags) bei einer Fachtagung Mitte Januar 2004 in New York. „Die Deutschen sind technisch interessiert und aufgeschlossen und haben deshalb keine Berührungsängste mit RFIDs," hieß es dort.

Überraschend: Als Katherine Albrecht auf Einladung des FoeBuD am Samstag vor dem Vortrag den Metro Future Store besucht, bietet sich ihr ein anderes Bild: „Die deutschen Kundinnen und Kunden wissen gar nicht, was dort im Future Store wirklich passiert", ist ihr Fazit. „Die Hinweise auf RFID-Etiketten im Future-Store sind nicht ausreichend - und über die Risiken für die Privatsphäre wird nirgendwo ein Wort verloren."

Unmöglich: Am Ende der Führung zeigen die Metro-Vertreter ihr und den anderen FoeBuD-Mitgliedern den sogenannten „Deaktivator", ein Gerät, das angeblich die Schnüffelchips in den Preisetiketten außer Kraft setzen soll. Als sie den Apparat betätigt, wird nur ein Teil der Informationen gelöscht - der eigentlich „gefährliche" Teil, die eindeutig nur für diesen einen Schnüffelchip individuell vergebene Nummer, ist nicht gelöscht worden. „Das geht technisch auch gar nicht" erklärt ihr ein Metro-Vertreter, „diese Nummer können wir nicht überschreiben, sie ist vom Hersteller vergeben. Aber diese Nummer ist auch mit keiner unserer Datenbanken vernetzt." Ein FoeBuD Mitglied fragt, wann denn diese Nummer vernetzt werde - die Metro-Vertreter geben keine Antwort. **„Wir haben hier ein echtes Problem. Diese Chips werden nicht zerstört, sie werden nur schlafen geschickt. Und man kann sie jederzeit wieder aufwecken"**, ist Katherine Albrecht überzeugt.

identification

Wo Daten anfallen und gesammelt werden, werden Begehrlichkeiten geweckt

- Interview mit Cyberrights-Aktivist padeluun über RFID-Funkchips im Handel

Internationale Verbraucherschutz- undBürgerrechtsorganisationen wiesen jüngst in einem gemeinsamen Positionspapier auf die Gefahren für Privatsphäre und Bürgerrechte hin, die durch RFID-Etiketten entstehen können. Für Telepolis sprach Christiane Schulzki-Haddouti mit padeluun vom Bielefelder Verein Foebud e.V., dem Unterzeichner des Positionspapiers sowie Organisator des deutschen Big-Brother-Preises. Erst vor kurzem erhielt der Foebud-Verein von der Stiftung "Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft" 15.000 Euro zur Realisierung eines RFID-Lesegeräts für Bürger zugesprochen.

RFID-Chips ermöglichen den Einkauf in einem Supermarkt ohne Kassen. Was ist bedenklich daran, wenn Diebstähle so verhindert werden?

padeluun: Damit werden Diebstähle doch überhaupt erst ermöglicht: Datendiebstähle. Das Unternehmen spart Personal. Ich werde im Gegenzug meiner Privatsphäre beraubt. Unternehmen verwenden die geraubten Daten, um mir noch effektiver, mit immer weniger Gegenleistung und Vielfalt mein Geld aus der Tasche zu ziehen. Das geht bis hin zur Preisdiskriminierung.

Nennen Sie ein Beispiel für eine solche Preisdiskriminierung.

padeluun: Die alleinerziehende und berufstätige Mutter mit drei Kindern bezahlt im Supermarkt in der Nähe einen höheren Preis, als der Single mit Auto und hohem Einkommen. Der Grund ist klar: Wenn ich meine Kunden kenne, dann weiß ich auch, dass jene Mutter einfach nicht genügend Zeit hat, den Laden am anderen Ende der Stadt aufzusuchen und dort einzukaufen. Also kann ich ihr mehr Geld für den selben Artikel abnehmen.

Wie könnten Supermärkte den Informationsfluss transparenter gestalten?

padeluun: Sie müssen ihre Karten auf den Tisch legen. Wenn RFID-Tags auf dem Weg vom Lager zum Warenregal zum Beispiel schon zerstört werden, gibt's kein Problem mit dem Datenschutz. Möchte ich sie gerne noch am Kassensystem zur Preisermittlung oder zum Diebstahlschutz auswerten, dann muss ich dafür sorgen, dass meine Kunden wissen, dass sie im Laden nicht "getrackt" werden. Dies wäre am besten mit Gesetzen zu regeln, die nicht durch seichte "Einverständniserklärungen" gleich wieder ausgehebelt werden können.

Wie könnten Kunden den Informationsfluss selbst kontrollieren?

padeluun: Ich könnte mir die Pflicht für Unternehmen vorstellen, ihre Datenbanken zu öffnen, so dass bei jedem RFID-Tag nachgeschaut werden kann, zu welchem Artikel es gehört. Wir selber arbeiten zur Zeit an einem kleinen Gerät, das den Menschen die Möglichkeit gibt, versteckte Tags und Lesegeräte aufzuspüren. Ein Unternehmen, das solche Techniken einsetzt, müsste sich verpflichtet fühlen oder verpflichtet werden, solche Geräte seinen Kunden kostenlos zur Verfügung zustellen.

In welchen Fällen sollte der Staat den Einsatz von RFID-Funkchips regeln?

padeluun: Überall da, wo einem Unternehmen, das ethische Prinzipien achtet, Nachteile dadurch entstehen, wenn andere Unternehmen diese Prinzipien außer acht lassen. Ich halte verpflichtende und bei Verstößen mit Strafen bewehrte Regulierungen für wichtig. *(die idee, dass es reicht, wenn der staat uns mit ein paar gesetzen vor den allerbösesten konzernen schützt, halte ich für ziemlich naiv. der säzzer)*

Wie stellen Sie sich das Einkaufen im Jahr 2010 vor?

padeluun: Der BigBrotherAward 2003, den wir jährlich verleihen, ging dieses Jahr an die Metro AG für ihr "future store project". Wir haben für die Verleihung eine Laudatio zum Thema verfasst, die diese Visionen genau beschreibt. Ein Beispiel: "Marion Z. bekommt einen Bußgeldbescheid der Stadt Duisburg. Das Papier eines von ihr gekauften Mars-Riegels wurde im Ententeich des Stadtparks gefunden. Marion Z. grübelt und kommt darauf, dass sie den Riegel einem Kind beim Martinssingen geschenkt hat. Zähneknirschend zahlt sie 10 Euro Bußgeld."

Dies würde eine umfassende Zusammenarbeit privater und öffentlicher Institutionen sowie eine Massendatenhaltung vor-

Sicher und überwacht

Schüler, Lehrer und Laptops werden in einer US-Schule mit RFID-Chips kontrolliert

aussetzen. Können Sie das erläutern?
padeluun: Wo Daten anfallen und gesammelt werden, werden Begehrlichkeiten geweckt. Im Zuge des "Kampfes gegen den Internationalen Terrorismus" werden dann nicht nur Gesetze gemacht, die das präventive Speichern aller Kommunikationsdaten erzwingen, sondern dann wird es noch das "RFID-Durchleite-, Speicher- und Auswertegesetz" geben. Das mag absurd erscheinen. Bei den Big-Brother-Awards haben wir jedoch die Länder Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen auszeichnen müssen, unter anderem, weil sie die Vorratsdatenspeicherung beschlossen und verabschiedet haben (Thüringen), oder sie, soweit es absehbar ist, unaufhaltsam verabschieden werden. Das sind Armeen von Nachtigallen, die da trapsen.

Wie könnte denn die RFID-Technik im Sinne der Bürger beherrscht werden?
padeluun: Was den Leserinnen und Lesern hier jetzt vielleicht ein Lächeln abringt, ist nur ein kleiner Teil des drohenden internationalen Konsumterrors. Wir haben uns zusammen mit unseren amerikanischen Schwesterorganisationen intensive Gedanken gemacht, wie wir dem undurchdachten Aktionismus der Beratungsunternehmen und den von ihnen abhängigen Großhändlern eine positive Vision entgegensetzen können. RFIDs - das möchte ich betonen - können wie viele Errungenschaften der EDV und Vernetzung ein Segen sein. Wir sollten deswegen aber vermeiden, dass wir uns eine weitere Hölle auf Erden schaffen.

Christiane Schulzki-Haddouti
03.12.2003

Letztes Jahr hatte die private Enterprise Charter School in Buffalo ihre Türen geöffnet. Den 450 Schülern wird nicht nur das "innovative" projektbasierte Unterrichtskonzept, Ausbildung in nicht-gewalttätiger Konfliktlösung und ein längeres Schuljahr mit längeren täglichen Unterrichtszeiten angeboten. Gary Stillman, der Direktor, ist auch technisch innovativ und nutzt RFID-Chips, um Lehrer, Schüler und bestimmte Gegenstände zu überwachen.

Seit letztem Monat sind die RFID-Chips in Gebrauch. Ausgestattet mit einer winzigen Antenne wird die im Chip gespeicherte ID-Nummer von einem Scanner, der sich in der Nähe befindet, abgelesen. Der Chip benötigt selbst keine Energie.

Mit den Chips wurden nicht nur Gegenstände wie Bibliotheksbücher oder Laptops ausgestattet, sondern auch alle Schulangestellten und Schüler. Die müssen sowieso schon eine Plastikkarte um ihren Hals mit Foto, Name und Klasse umgehängt haben, auf der sich nun auch noch der RFID-Chip befindet. Es ist dasselbe Modell, den auch das Pima County Gefängnis in Arizona für die 1.600 Gefangenen benutzt. Auch US-Soldaten haben diese Chips von Texas Instruments, ebenso wie Besucher des Themenparks Magic Waters in Illinois. So nähern sich Schüler, Lehrer, Soldaten, Touristen und Strafegefangene im Panoptikum an (Wunderwaffe gegen Diebstahl: Das Ende vom Anfang oder der Anfang vom Ende?).

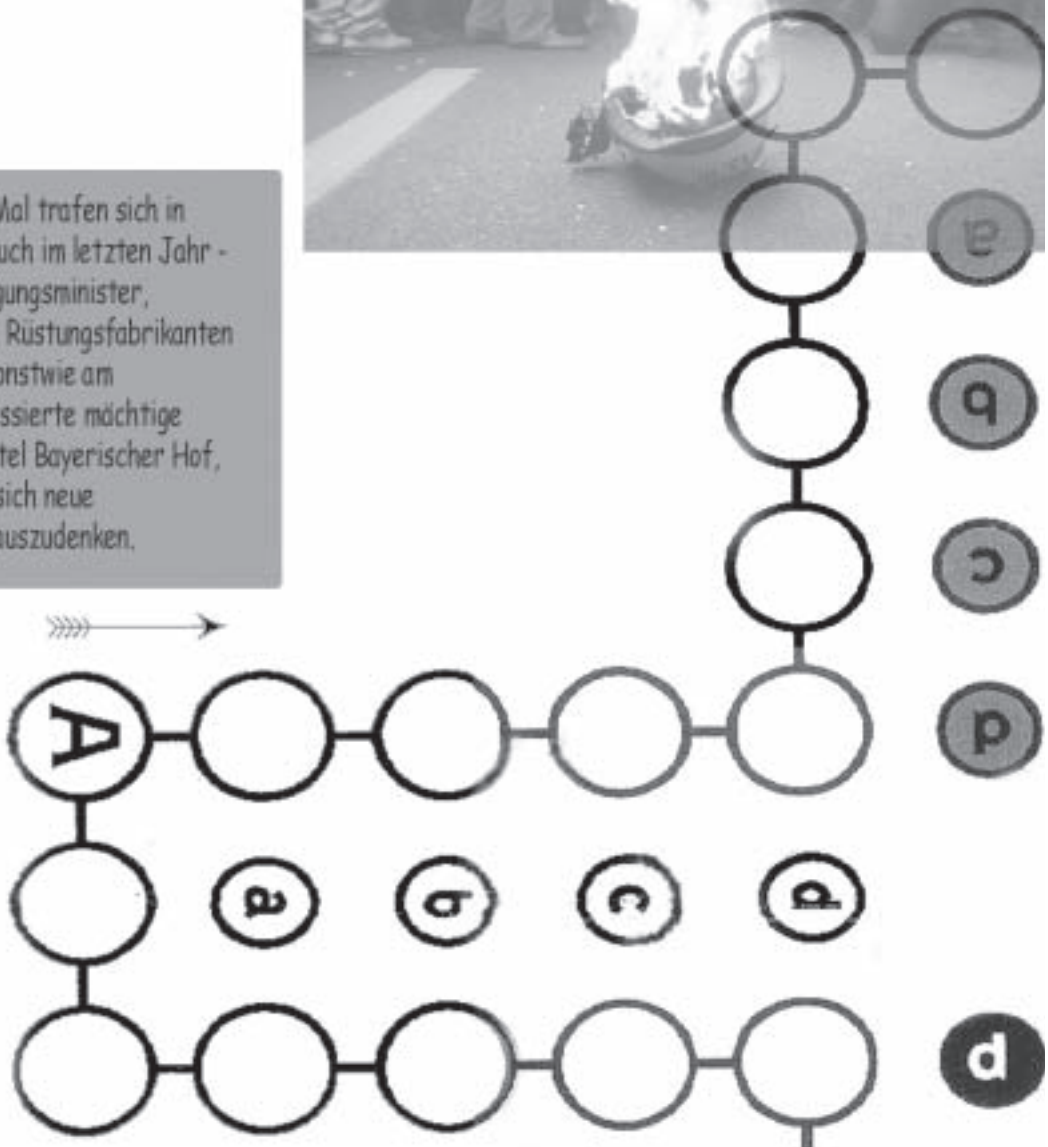
Wenn Schüler und Lehrer zur Schule kommen, müssen sie sich schon am Eingang über den RFID-Chip identifizieren. Aus Privacy-Gründen hat die Firma Intuitek, die das Sicherheits- und Kontrollsystem installiert hat, die Reichweite der Chips angeblich auf 50 Zentimeter beschränkt, um ein heimliches Ablesen aus der Distanz zu verhindern. Damit die Chips abgelesen werden können, müssen die Betroffenen jetzt noch einen Touchscreen-Computer am Eingang bedienen. Wenn der Chip abgelesen wird, erscheint auf dem Bildschirm ein Foto des Schülers, der dann den Eintritt in die Schule noch bestätigen muss. Die Chips der Mitarbeiter gewähren zudem den Zutritt zu verschlossenen Räumen.

Das sei nicht anders, so Intuitek-Direktor Straitiff gegenüber Wired, als wenn die Schüler einen Ausweis vorzeigen oder eine Karte einlesen lassen müssten. Zudem würde man für die mit den ID-Nummern verbundene Datenbank verschiedene Kennworte benötigen, um Daten des Schülers über Bibliotheks- oder Cafeteria-Benutzung, über seinen Gesundheitszustand, seine Anwesenheit oder seine Leistungen abrufen zu können.

Stillman beabsichtigt, das RFID-Überwachungsprogramm noch zu erweitern. Man könne vielleicht auch kontrollieren, ob die Schüler (oder Lehrer) pünktlich zu jeder Stunde kommen und feststellen, wann sie den Schulbus verlassen oder ihn besteigen. Möglichkeiten gibt es noch viele, Bedenken aber auch. So bereitet das Buffalo-System für den Sicherheitsexperten Richard Smith die Kinder für die "Schöne neue Welt" vor, "in der sie sieben Tage die Woche 24 Stunden am Tag im Namen der Sicherheit überwacht werden."

Florian Rötzer 24.10.2003

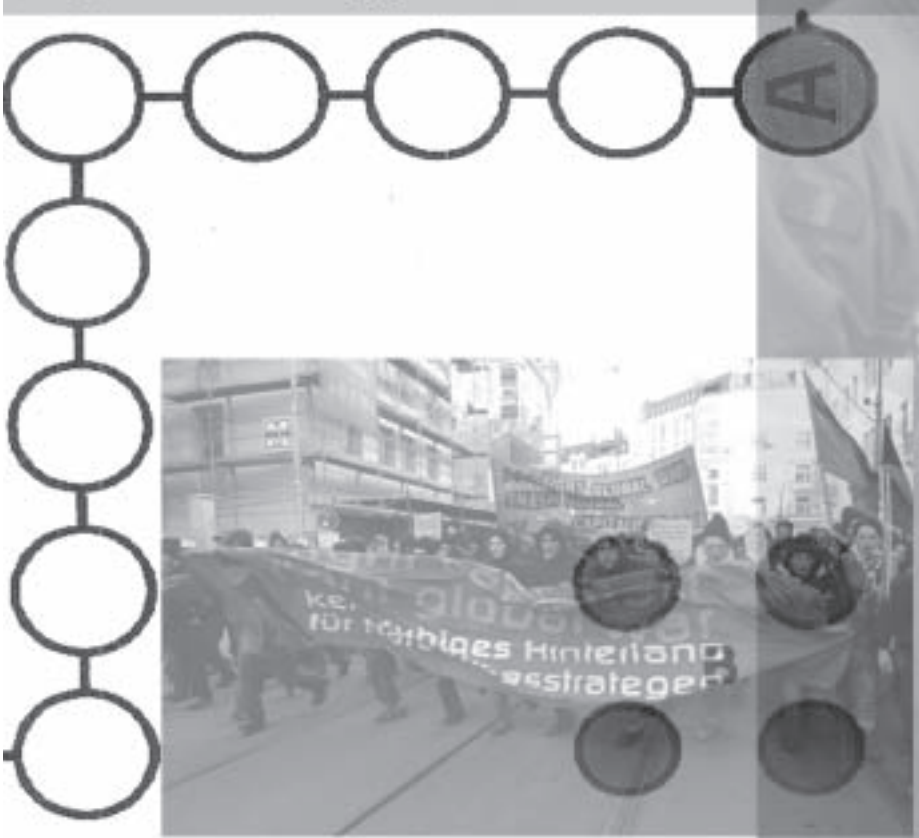
Zum 40ten Mal trafen sich in München - wie auch im letzten Jahr - Verteidigungsminister, Kriegsstrategen, Rüstungsfabrikanten und sonstwie am Krieg interessierte mächtige Personen im Hotel Bayerischer Hof, um sich neue Kriege auszudenken.

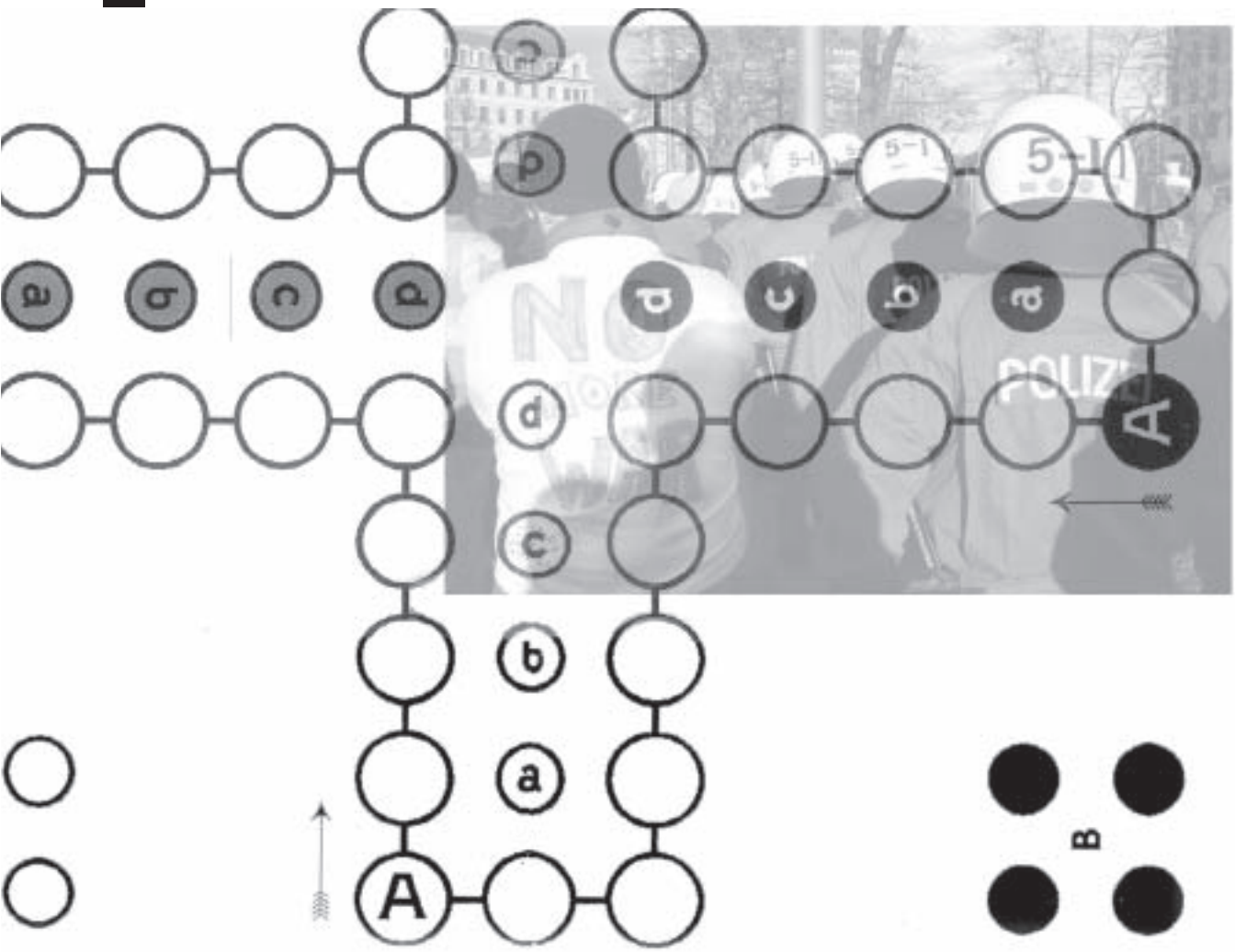


Zusammenfassung Fr, 06 Feb 2004:
Pfefferspray und Knüppel, 135 Ingewahrsamnahmen, 26 Verhaftungen, ein bewusstlos geschlagener Demonstrant. Massive Repression gegen die Anti-Nato Proteste.... Ein riesen Polizeiaufgebot kontrollierte die Umgebung der Kundgebungsorte. Um zur Kundgebung zu gelangen, musste mensch ihre/seine Identität nachweisen. Es kam andauernd zu offensichtlichen Provokationen durch die Polizei. Leute wurden herumgeschubst und von einer Ecke in die andere gedrängt. Als DemonstrantInnen versuchten, auf die Strasse zu gelangen um die geplante Menschenkette zu bilden, ging die Exekutive immer massiver gegen die AktivistInnen vor. Pfefferspray (aus einer Distanz von ca.10 Zentimetern) und Schlagstöcke kamen zum Einsatz, nur um Leute daran zu hindern, auf die Straße zu gelangen, die Straße zu überqueren oder am Gehsteig zu stehen. Menschen wurden wegen Überquerens der Straße bei roter Ampel festgenommen. Dabei kam es zu etlichen Übergriffen der Polizei, die mit massiver Repression die Kundgebung zu verhindern versuchte. Greiftrupps zu meist 10-20 Mann drängten die ganze Zeit von allen Seiten auf die Kundgebung. Immer wieder wurden Leute aus der Kundgebung herausgezerrt und festgenommen. Um ca. 18:30 wurde ein Demonstrant am Platz der Opfer des Nationalsozialimus von Zivilbullen bewusstlos geschlagen. Das brutale Vorgehen der bayrischen Polizei führte zu zahlreichen Verletzten unter den DemonstrantInnen, denen im Einzelfall über mehrere Stunden ärztliche Versorgung verweigert wurde. Notärzte wurden von der Polizei nicht durchgelassen und somit die notwendige Erstversorgung verhindert.

Hintergrund/Geschichte dieser Konferenz:

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Jahr 1945 wurde von den Westalliierten Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich beschlossen, dass Westdeutschland als vorderste Grenze zum kommunistischen Osten eine Schlüsselrolle in der „Verteidigung" zukommen müsse. Diese Rolle konnte nur mit dem Aufbau einer deutschen Armee realisiert werden. So kam es 1956 zur Gründung der Bundeswehr, bereits ein Jahr zuvor war die BRD in die NATO aufgenommen worden. Fortan sollte die Armee der BRD fest in das westlich-kapitalistische Bündnis eingebunden werden.Um dieser Einbettung auch in der internationalen Wahrnehmung gerecht zu werden, war es nötig, die neue Gemeinsamkeit der alten Feinde öffentlich und medienwirksam zu präsentieren - die Idee einer Militär-Konferenz war geboren. 1962 wurde die erste sogenannte „Wehrkundetagung" durchgeführt. Organisiert und ins Leben gerufen wurde sie durch eine ideale Integrationsfigur, den ehemaligen Wehrmachtsoffizier Ewald von Kleist. Er war einerseits Mitglied des konservativen Adels und Offizier, andererseits Teil der Widerstandsgruppe um Stauffenberg. So repräsentierte er die Tradition der Wehrmacht, ohne in den Verdacht faschistischer Kontinuität zu geraten.Thematischer Schwerpunkt der ersten Konferenzen waren „außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen in den europäisch-amerikanischen Beziehungen". Diskutiert wurden diese Themen von Regierungsvertretern, Abgeordneten, hohen Militärs, Wissenschaftlern und Medienvertretern.
Mit dem Ende des „Kalten Krieges" wurde die Wehrkundetagung in „Konferenz für Sicherheitspolitik" umbenannt, seit 1999 sitzen auch VertreterInnen der alten Gegner und die Rüstungsindustrie mit am Tisch. Die Leitung der Konferenz wurde auf Antrag des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl 1998 an seinen außen- und sicherheitspolitischen Ratgeber, Horst Teltschik, weitergegeben. Die Bundesregierung unterstützt die Konferenz organisatorisch und finanziell, so übt etwa die Bundeswehr während der Tagungen im Hotel „Bayerischer Hof" das Hausrecht aus. Formal ist aber die BMW-eigene „Herbert-Quandt-Stiftung" Veranstalterin der Tagung.
Weshalb sollte gegen diese Kriegskonferenz protestiert werden?Die „Sicherheitskonferenz" wurde im Lauf der Jahre zu einem Ort, an dem die Perspektiven der Militärpolitik, aber auch die Widersprüche der verschiedenen Bündnisse (NATO-EU) diskutiert werden. Es handelt sich nicht um einen Vorzeigegipfel, auf dem im Vorfeld beschlossene und ausgearbeitete Pläne der Weltöffentlichkeit präsentiert werden, sondern um einen Ort tatsächlicher Auseinandersetzung und Diskussion. Hier werden von diversen Kriegsverbrechern, die u.a. für die jüngsten Kriege (Jugoslawien, Afghanistan und Irak) verantwortlich zeichnen, die neuen strategischen Ziele abgesteckt und weltweit koordiniert. Hier wird für die nächsten Interventionen geworben, wie z.B. US-Verteidigungsminister Rumsfeld im letzten Jahr für den Irakkrieg.
Bis ins Jahr 2001 blieb die „Sicherheitskonferenz" von größeren Protestaktionen verschont, erst im Jahr 2002 kam es zu einer bundesweiten großen Mobilisierung. Das Bewusstsein, dass die Münchner Konferenz ähnlich wie das jährliche Treffen des „World Economic Forum" in Davos ein Ort der Planung und Koordinierung kapitalistischer Interessen ist, machte sie auch zum Ziel der wachsenden Anti-Globalisierungs-Bewegung. Trotz eines totalen Demonstrationsverbotes zogen 2002 an die 10.000 Menschen durch die Stadt. Ein Jahr später, vor dem Hintergrund des bevorstehenden Irakkrieges, waren es bereits über 25.000 TeilnehmerInnen, die gegen das Treffen der Welt-Kriegselite auf die Straße gingen.





Zusammenfassung Sa. 07 Feb 2004

Der zweite Tag der »Sicherheits"-tagung begann mit einer Auftakthundgebung mit ca. 5.000 Leuten. Die anschließende Demonstration mit 10 -12.000 Teilnehmenden wurde zu Beginn von einer unsäglichen Auflage der Polizei überschattet: Alle geschminkten und maskierten Personen sollten ihre Identität der Polizei übermitteln. Später griffen die Ordnungskräfte immer wieder auf die Demonstrationsteilnehmerinnen über, um u.a. Seitentransparente abzunehmen (die laut Auflage verboten waren) und Leute rauszugreifen. Die Stimmung in der Demonstration war dennoch gut, auf Provokationen durch die Polizei wurde nicht eingegangen. Nach der Abschlusskundgebung wurden die Demo verlassende TeilnehmerInnen massiv kontrolliert und mit Repression bedroht.
Die Auflage, keine Seitentranparente auf Höhe der DemonstrantInnen zu tragen, wurde als Eingriff in das Demonstrationsrecht eingeschätzt, der der Polizei einen Vorwand für Angriffe auf die Demonstration liefern solle.
Info zu den Gefangenen:
Die Polizei München gab in einem Zwischenbericht zur 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am Samstag 7.2.2004 um 18.00 Uhr an, dass im Laufe der Demonstration von 11.00 - 16.45 Uhr 39 Personen wegen Beleidigung, versuchter Gefangenenbefreiung, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (90a StGB), Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (86a StGB) und Vergehen nach dem Versammlungsgesetz (Vermummung und Passivbewaffnung) festgenommen wurden. Zehn Personen seien zur Verhütung von Straftaten in Gewahrsam genommen worden.
Der Ermittlungsausschuss berichtete am 8. Februar über die Proteste gegen die Münchner NATO-Sicherheitskonferenz. Diese ware wie in den letzten beiden Jahren von Polizeigewalt und Repression geprägt. Ein Großaufgebot von mehreren tausend PolizistInnen schuf einen faktischen Ausnahmezustand in der Münchner Innenstadt, der massive Einschränkungen von Versammlungs- und Meinungsfreiheit zur Folge hatte. Fast 300 Menschen wurden verhaftet, etliche verletzt, ein Demonstrant sitzt in Untersuchungshaft.
Auch in der Gefangenensammelstelle kam es zu Übergriffen. Der EA erhielt mehrere Anrufe aus der Haftanstalt, nach denen ein Gefangener in Polizeigewahrsam von mehreren Polizisten körperlich misshandelt wurde! Er wurde eine Treppe hinunter gestoßen und getreten, u.a. in die Genitalien. Der in Österreich lebende türkische Staatsangehörige wurde später vom Ermittlungsrichter in Untersuchungshaft gesteckt. Bis zur nächsten Haftprüfung kann es bis zu zwei Wochen dauern.

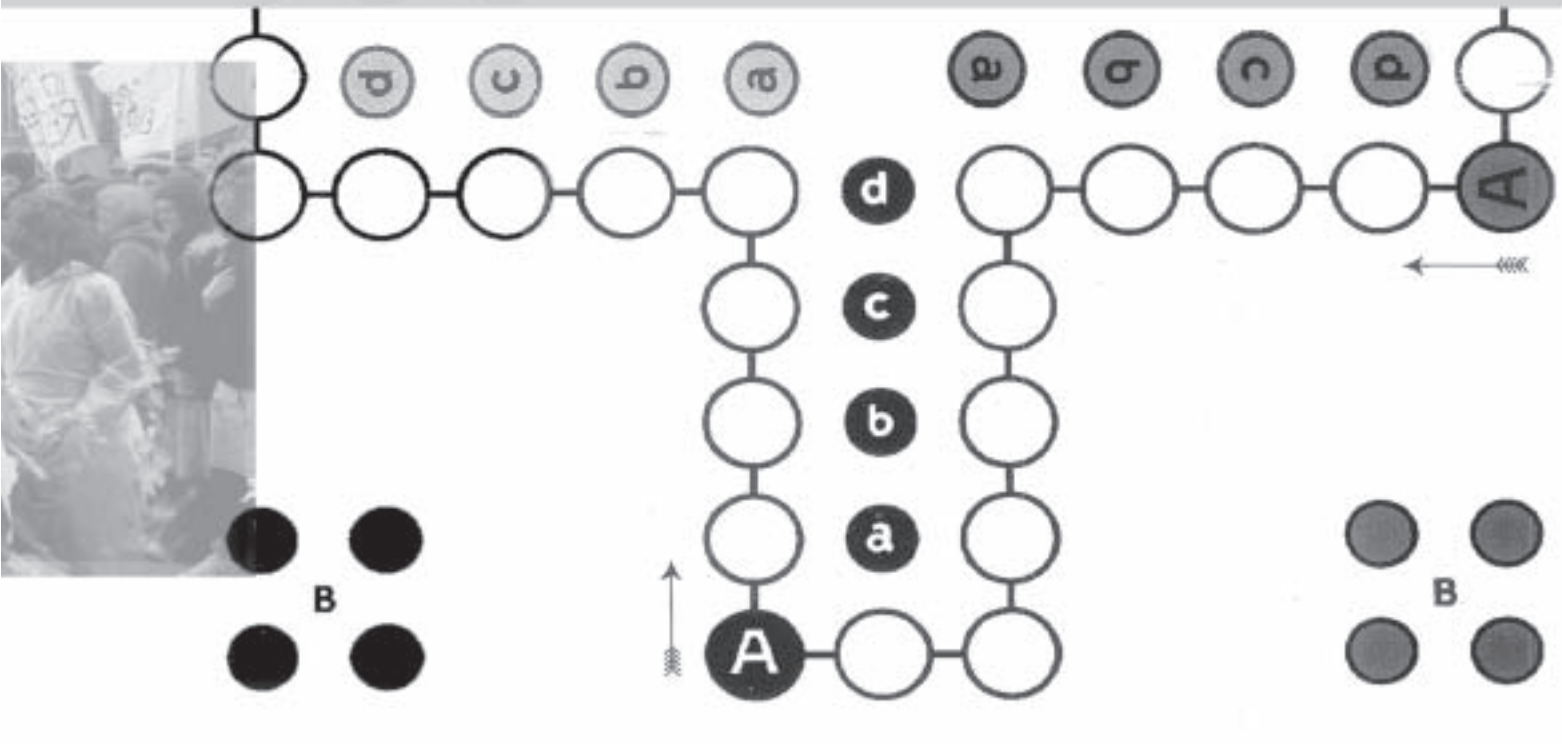
Die Wieder
Im Kampf gege
aus München P

Und wer ist die
die letzte Münc
Ohren klang, d
schleuderte er
nicht überzeugt
Ungestüms die
Helden und ihr
Und diesmal? E
Harmoniehonig
runtergelobt. H
ganz eigenen F
Kampf gegen a
in seiner in Mü
neuen Star a
Verteidigungsm
Nun ist »das B
Überraschungsk
So gehört die
anreisenden K
bemerkenswer
Missionen hinau
zu verteilen, zw
der islamischen
Dabei ist es noc
den Titel trugen
damit zugebrac
Seit dem 11. S
internationaler
Debatte von 20
Politvisionäre z
einer multilater
des Nahen Oste
Nachfrage des
Reihe relevante
obwohl ihr Vor
ihrer Doppelroll
sitzen. Ebenso
wenn die Bund
nicht mehr vors
Kritiker können
erkennen, dass
deutschen Freu
Donald Rumsfe
wiederholten d
Soldaten dafür
Verteidigungsm
schaffen, aber

auferstehung der Nato

afghanische Drogenbarone, in Nahost und im Irak: Überall soll es künftig Probleme lösen - das »neue« transatlantische Bündnis
trich Schwarz

es Jahr der Star der Konferenz? 2003 war die Entscheidung einfach genug. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte
ner Sicherheitskonferenz vor dem Irakkrieg eröffnet, als sein Hohn über das »alte Europa« den Teilnehmern noch frisch in den
ch im Saal des Hotels »Bayerischer Hof« erregte kein Redner die Gemüter so wie Joschka Fischer. »I am not convinced!«
umsfeld auf dem Höhepunkt einer zunehmend frei und zunehmend emotional geschwungenen Rede entgegen, er sei einfach
von den Kriegsgründen der USA. Der Pentagon-Chef, nur durch ein Blumenbouquet von Fischer getrennt, rieb sich ob so viel
lase. »I am not convinced!« wurde einer der Sätze des Jahres, und die traditionsreiche einstige »Wehrkundetagung« hatte ihren
nfant terrible in einer Person.
s dauerte bis gegen Ende des zweiten Tages, ehe so etwas wie ein Star wenigstens in Umrissen erkennbar wurde: zu viel
kleisterte das erste Münchner Nachkriegstreffen zu. Bis es so weit war, hatte Donald Rumsfeld einmal die Nato rauf- und
tte der neue Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer aus Holland der Allianz bescheinigt, Frieden zu schaffen mit ihrer
rm eines »Multilateralismus mit Zähnen«. Hatte der russische Verteidigungsminister Sergei Iwanow eine Rolle für die Nato im
fghanische Drogenbarone an der unsicheren Südgrenze Russlands vorgeschlagen. Hatte Joschka Fischer die Nato auserkoren,
chen überraschend vorgestellten Friedensinitiative für den Mittelmeerraum eine Hauptrolle zu spielen. Und für alle, die den
n Himmel über dem Atlantik bis dahin immer noch nicht bemerkt hatten, brachte ihn schließlich Frankreichs
inisterin Michèle Alliot-Marie auf einen Begriff: »die neue Nato«.
ündnis«, wie die Organisation in den Mauern des Tagungshotels nur genannt wird, als Neuentdeckung in der Tat ein
andidat. Die 55-jährige Institution ist schließlich ein Oldie des Militärgeschäfts diesseits und jenseits des Atlantiks.
Nato für ihre Freunde im »Bayerischen Hof« ebenso unverzichtbar zum Inventar der westlichen Welt wie für die alljährlich
nferenzgegner, die vor den Absperrgittern der Polizei gegen eine Politik der Kriege ohne Ende protestieren. Neu und
war jedoch das Zutrauen, mit dem Redner diesmal der Nato alle möglichen Aufgaben antrugen, die weit über ihre bisherige
sgehen. Die USA sehen das Bündnis nach ihren höchst gemischten Erfahrungen im Irak als Chance, die Lasten auf mehr Schultern
nows Vorschlag der Drogenhändlerjagd wiederum war kaum weniger exotisch als Joschka Fischers Idee, die Modernisierung
Gesellschaften des Nahen Ostens von EU und Nato gemeinsam voranbringen zu lassen.
h nicht lange her - Verteidigungsminister Peter Struck erinnerte in seiner Rede daran -, dass Podien zur Zukunft der Nato meist
»Hat die Nato eine Zukunft?« Schließlich hatte die mächtigste Militärorganisation des Westens die längste Zeit ihrer Geschichte
ht, virtuelle Abwehrschlachten gegen einen kommunistischen Expansionismus zu planen, der dann völlig friedlich verschied.
eptember nun ist an neuen Feinden kein Mangel mehr, an Aufträgen für die Nato auch nicht, denn kaum ein Mandat von
Bedeutung gilt heute noch als so ungefährlich, dass zu seiner Durchführung auf Militärbegleitung verzichtet wird. Was die
004 jedoch unterscheidet von den ersten Jahren nach den Terrorangriffen von 2001 ist die Anziehung, welche die Allianz auf
entfalten vermag. Am deutlichsten wurde das bei Fischers Nahost/Mittelmeer-Vorschlag. Obwohl der Grüne klassische Ziele
len, zivil orientierten Außenpolitik benannte bis hin zur Vollendung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Staaten
ns, stützte er seine Initiative auf zwei Institutionen mit militärischen Kapazitäten, die EU und eben die Nato. Es bedurfte erst der
Deutschen UNO-Botschafters Gunter Pleuger, der im Publikum saß, bis der Minister pflichtschuldig die Vereinten Nationen in die
r Akteure aufnahm. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) blieb bei Fischer restlos unerwähnt.
ltzender auf einem späteren Podium vertreten war.Der grüne Außenminister rechtfertigt sein neues Zutrauen in die Nato mit
e als effektiver Militärinstitution und als einzigem transatlantischem Forum, bei dem die USA mit den Europäern an einem Tisch
wichtig dürfte jedoch eine Erkenntnis aus den so unterschiedlich verlaufenden Konflikten in Afghanistan und Irak sein: Selbst
esregierung im einen Fall für und im anderen gegen eine militärische Beteiligung war, so kann sie sich seit beiden Kriegen eines
ellen: Vorschläge zu einer Verbesserung der Welt zu machen, die nicht von einer militärischen Komponente begleitet werden.
darin eine weitere Militarisierung der Außenpolitik sehen. Sympathisanten dagegen die Einsicht der Regierung Schröder/Fischer
die Welt ein gefährlicherer Ort ist, als sie in roten und grünen Grundsatzprogrammen einst erschien. Klar ist nur, dass auch die
nde der Nato in Schwierigkeiten geraten, sobald konkrete Gefahren drohen. Das jüngste Beispiel hierfür ist gerade der Irak.
ld warb in München unverhohlen für einen Nato-Einsatz, sobald eine freie irakische Regierung amtiert. Struck wie Fischer
gegen ihr Irak-Mantra: Berlin werde sich zwar einem Nato-Engagement nicht in den Weg stellen, aber auf keinen Fall deutsche
bereitstellen. Fischer fürchtet, die Nato könnte sich im Irak überheben - zu ihrem eigenen Schaden. Bill Clintons einstiger
inister William Cohen hatte dafür nur Spott übrig: Fischer wolle mit seiner Initiative Frieden und Stabilität im Nahen Osten
ausgerechnet in das instabilste Land, den Irak, keine Soldaten schicken.



Am 16. 10. 03 gab es im 'PFL' eine für Oldenburger Verhältnisse gut besuchte Veranstaltung der ALSO zu den Zumutungen namens 'Hartz IV', Agenda 2010, ...
Wir dokumentieren hier das Referat.

Das Arbeitslosengelöbnis

(1x täglich langsam, laut und deutlich aufsagen)

Wir geloben,
alle Schuld für unsere Arbeitslosigkeit auf uns zu nehmen
und den Gewinnen der Arbeitgeber in Zukunft
die notwendige Ehrerbietung zu erweisen.

Wir geloben,
die Agenda 2010 zu bunterstützen.
Denn je schneller es uns Arbeitslosen und allen
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schlechter geht,
desto besser ist es für uns und alle.
Dass es uns im eigenen Interesse immer schlechter gehen möge,
ist unser innigster Wunsch.

Wir geloben,
uns unermüdlich für die Senkung unserer Unterstützungen
und Löhne einzusetzen, um unsere Abneigung
gegen Arbeit zu überwinden.
Denn Arbeit an sich ist sozial, jetzt und in Ewigkeit.

Kanzler, wir sind bereit.
Durch uns geht ein Ruck.
Wir haben verstanden.

klartext e.V., Frankfurt/M.
www.klartext-info.de

Im Arbeitslosengelöbnis bekennen sich Erwerbslose zur neoliberalen Arbeits- und Wirtschaftspolitik, wie sie von rot-grün durchgesetzt werden soll. Gefragt werden darf, ob das eingangs dargestellte Bild der um Arbeit bettelnden Arbeitslosen eine unzulässige Zuspitzung der Zukunftspüerspektive ist. Jedoch gehen wir in der ALSO tatsächlich davon aus, dass die unter den Schlagworten "Hartz" und "Agenda" gefahrene Politik darauf zielt, Erwerbslose so unter Druck zu setzen, dass ihnen nur noch der Gedanke bleibt, sich bedingungslos zu verkaufen.

Der Hartz- und Agenda-Politik liegt der Glaubenssatz zugrunde, dass die Arbeitslosen von heutigem Arbeitslosengeld und heutiger Sozialhilfe in ihrer Arbeitslosigkeit gleichsam 'gefangen gehalten' werden. Daher müssen in dieser Logik die Leistungen - wenn sie schon nicht gleich ganz abgeschafft werden können - zumindest drastisch gesenkt und mit vielen Zugangsschwellen und Schikanen verbaut werden:
-Die Dauer des Arbeitslosengeldes muß auf 12 Monate begrenzt und
-die Arbeitslosenhilfe unter die Sozialhilfe gesenkt werden,
-und überhaupt müssen - so weiter in dieser Logik - die Lohnersatz- und Sozialleistungen möglichst unattraktiv werden, um der "Halbierung" der Arbeitslosigkeit, vielleicht gar Vollbeschäftigung, näher zu kommen.
Was die arbeitsmarktlichen Voraussetzungen dafür seien, sagen uns die Wirtschaftswissenschaftler der Unternehmerverbände:
-Laut Meinhard Miegel müßten die Bruttolöhne um ein Drittel sinken, um die Arbeitslosigkeit zu halbieren...
-laut Hans-Werner Sinn vom Münchner IFO-Institut müßten die Brutto-Löhne für Männer auf 870 Euro, für Frauen auf 660 Euro sinken, um ein Jobwunder auszulösen...

"Es gibt kein Recht auf Faulheit",

erkannte ebenfalls im Jahr 2001 Kanzler Schröder und gab damit das Startsignal zum Leistungsabbau. Allen derartigen Aussagen gemein ist der Gedanke, dass die Arbeitslosen und die Leistungssysteme schuld seien an der Massenarbeitslosigkeit. Fakten und realistsche Aussagen zu dem, was wirklich auf dem Arbeitsmarkt abläuft, spielen dabei keine Rolle,
-z.B. dass in der Bundesrepublik seit letz-

tem Jahr die Zahl der Erwerbsarbeitsstellen um ca. 500.000 bis 700.000 abgenommen hat,
-z.B. dass in der westdeutschen Industrie von 1991 bis 2000 die Produktivität um mehr als 70 % zugenommen hat und - da längst nicht alles abgesetzt werden kann, was so zusätzlich produziert werden könnten - die Zahl der Industrie-Beschäftigten allein im Westen um 1,7 Millionen abgenommen hat.
Doch solche Zahlen und die daher eigentlich naheliegende Konsequenz, politisch Sorge zu tragen, dass alle aufgrund der steigenden Produktivität bspw. weniger arbeiten müssen, ist nicht Sache der rotgrünen Regierung. Vielmehr halten sie sich an die von den Wortführern der Ökonomen vorgezeichnete Linie, und die heißt: Erwerbstätige und Erwerbslose müssen so weit unter Druck gesetzt werden, dass sie sich mit dem gewünschten Einkommensverzicht abfinden. Die Hartz-Gesetze sind nun das Mittel, Erwerbslose für den Verzicht gar zu kochen.

Hier einige Aspekte:
Zunächst zielen die "Reformen" auf die noch Beschäftigten. Wer gekündigt wird, muss sich nicht nur sofort arbeitssuchend melden, um Kürzungen beim Arbeitslosengeld (Alg) zu vermeiden, nein – sie müssen sich Trainingsmaßnahmen und profilings unterziehen, die allenthalben als schikanös, zumindest jedoch als unsinnig erlebt werden. Wer da nicht mitmacht, wird mit Sperrzeiten bedroht. Neu ist, dass auf diese Art vor der Arbeitslosigkeit verhängte Sperrzeiten mit zum vollständigen Verlust des Alg beitragen sollen, wenn insgesamt 21 Wochen erreicht werden.
Gleichfalls werden Lohnabhängige, die freiwillig einen Job kündigen, um einen anderen anzutreten, ihren ganzen Anspruch aufs Alg verloren haben, wenn sie den neuen Job unter eigenem Mitwirken binnen weniger Monate wieder verlieren. Heute würde ihnen das zwar einige Woche Sperre einbringen, aber nicht das ganze Arbeitslosengeld kosten.
Und die Saisonarbeitskräfte: Da Rot/Grün die Regelungen ersatzlos streichen will, dass sie zumindest ein verkürztes Alg bekommen, werden sie zumeist überhaupt kein Alg mehr bekommen.
Sodann der Arbeitslosengeldbezug selbst: Nach 12 Bezugsmonaten soll für alle Schluss sein, es sei denn sie sind über 55 und haben längere Zeit gearbeitet.
In diesem Jahr hat es Rot/Grün durch verschärfte Pflichten der Arbeitslosen und neue Strategien der Arbeitsämter geschafft, die Sperrzeiten im Zusammenhang mit dem, was Arbeitsämter "Arbeitsvermittlung" nennen, massiv in die Höhe zu treiben: Waren es im Jan. 2003 noch monatlich 4.000, sind es inzwischen bereits mehr als 16.000 je Monat. Vorgaben an Arbeitsvermittlter sind bekannt geworden, wonach diese monatlich je 2 Sperren verhängen müssen, ansonsten ihnen ein Personalgespräch droht. (Bayreuth)

Ob dieses Erfolgs 'auf den Geschmack gekommen', werden jetzt die Sperrzeiten ausgedehnt: Wer sich nicht ordentlich meldet, nicht nach Aufforderung zum Amtsarzt oder -psychologen geht, die unterschriebene Eingliedrungsvereinbarung nicht einhält, eine der vielfältigen Pflichten zur Mitwirkung verletzt, soll gesperrt werden. Und da nach der Beweislastumkehr der Arbeitslose seine Unschuld belegen muß, hat das Amt gute Karten, die von der Politik geforderten Sperr- und Sparquoten zu bringen, egal wie wenig Jobs es gibt und beinahe auch egal, wie korrekt sich Erwerbslose um Arbeit 'bemühen'.
Die sog. 'Attraktivität' der Leistungen soll weiter sinken: Die Mittel für berufliche Bildung gehen zurück, das soll heute schon die Anrechung des Unterhaltsgeldes auf die Zeit des Alg-Bezugs ausgleichen. Und dann bereiten sie gesetzgeberisch vor, dass Arbeitslose ihre berufliche Qualifizierungskurse gleich selbst bezahlen.
Fast eine gute Nachricht: ABM werden zwar nicht gleich ganz abgeschafft, wohl aber ihre Versicherungspflicht. Damit ist es in Zukunft nicht mehr möglich, via ABM neue Arbeitslosengeldansprüche zu erwerben, die wenigstens ein Weilchen vor den massiven finanziellen Einbussen beim zukünftigen Arbeitslosengeld 2 schützen könnten.
Ist der Anspruch aufs Alg erschöpft, soll bestensfalls das Arbeitslosengeld (Alg) 2 bleiben, dass ehrlicher "Sozialhilfe 2" heissen sollte. Ich kann dies hier nicht vollständig erläutern, doch nur so viel zur Charakterisierung:
Alg 2 kommt in der Verpackung eines eigenen Gesetzes daher - genannt "Grundsicherung für Arbeitssuchende"; damit wird das Alg 2 nicht mehr im Arbeitsförderungsrecht geregelt, sondern in einem Sondergesetz, dass - wie rot-grün ausführt - den Besonderheiten der Personengruppe der Langzeitarbeitslosen entsprechen soll.
Die Leistungen nach diesem Gesetz sind ausgewiesen als Fürsorgeleistungen des Arbeitsamtes, die (fast) alle Bedarfe abschliessend decken sollen - es gibt kein Kindergeld oder Wohngeld zusätzlich, noch nicht einmal Sozialhilfe.
Die Höhe des Alg 2 lehnt sich an die heutige Sozialhilfe an, die aber müßte lt. Berechnungen von Wohlfahrtsverbänden um (mindestens) 20 % angehoben werden, um vor Armut zu schützen.
Mit der Pauschale von 345 EUR für den Haushaltsvorstand im Alg-2-Haushalt ist fast alles zu bezahlen, was zum Leben gebraucht wird. Wer damit nicht hinkommt, kann evtl. einen Vorschuß oder eine Sachleistung (z.B. wenn der Herd kaputt ist) bekommen, die ihm in den folgenden Monat von der Hilfe abgezogen wird.
Kindern im Alter von 7 bis 17 Jahren wird die Hilfe gegenüber der heutigen Sozialhilfe um 5 bis 10 % gekürzt, während Kinder unter 7 Jahren gegenüber heute einen Zuschlag kriegen.
Wer dächte da nicht an die Klagen um die geringe Geburtenrate in der Bundesrepublik und die unter dem Stichwort PISA zusammenzufassende weitere Kinder- und Jugendpolitik, die sich nicht weiter darum kümmert, allen aufwachsenden Kindern und Jugendlichen auch nur annähernd vernünftige Chancen zum Aufwachsen und in der Ausbildung zu geben?
Bestenfalls die angemessenen Unterkunftskosten sollen getragen werden. Was "angemessen" ist bestimmen später die Bundesministerien – ausdrücklich ohne Mitwirken der Parlamente. Wobei für die Angemessenheit die "Lebensumstände während des Bezugs der Grundsicherung für Arbeitssuchende maßgebend sein sollen" - wie der Gesetzestext vielsagend erklärt. Dann erlaubt das Gesetz weiter die Pauschalierung der Wohnkosten - sicher ein Beitrag zu einer eh schon boomenden Branche mit weiteren Wachstumsaussichten: Obdachlosigkeit.
Nun machen die bis hier genannten Eck-

punkte aus unserer Sicht den Bezug von Alg 2 schon nicht sonderlich attraktiv, doch die Regierung will das Alg 2 mit weiteren Häßlichkeiten ausstatten:
Zumutbar ist jedwede Arbeit, auch Stundenlöhnerei - bislang galt im Prinzip der Grundsatz, dass mensch schon noch in eine Arbeit vermittelt werden sollte, mit der er seinen Lebensuterhalt sichern können soll. Die Vermittlung von Mini-Jobs (was hat man als Amt sonst schon noch zu vermitteln?, - insofern zeigt rot-grün gewissen Realitätssinn) kann dann zum Instrument werden, Personen mit Alg-2-Bezug wegen mangenlder Mitwirkung zu strafen.
Die Strafen laufen hier 3 Monate und senken die Leistung in 30-Prozent-Stufen. Und wenn's dann für's Leben oder Wohnen nicht mehr reicht, gibt's evtl. Sachleistungen, Direktüberweisungen an den Vermieter, Essensgutscheine. Jugendliche unter 25 können sich dieser Behandlung gleich unterwerfen, denn beim ersten Fehler sinkt bei Ihnen die Leistung gleich auf Null.
Und zu diesem Fehler kann es schnell kommen, denn das Alg 2 kennt auch die heute unter gleichem Namen beim Arbeitsamt laufende
"Eingliederungnsvereinbarung". Nur bedeutet das dort etwas völlig anderes: Wer die angebotene Vereinbarung ablehnt, bekommt die Leistung gekürzt, Personen unter 25 auf Null.
Für diese Jungen gibt's dann gleich beim ersten Kontakt mit dem Amt ein 'Angebot' des JobCenters. Denn in Köln wurde im Musterjobcenter die Erfahrung gemacht, dass Jüngere in erheblichen Grössenordndungen vom Leistungsbezug ferngehalten werden können, wenn man sie nur weg vom JobCenter in schikanös genug gestaltete Beschäftigungseinrichtungen schickt. Da dann auf dem Weg dorthin genug verloren gehen, rechnet sich auch das teuerste Beschäftigungsprojekt. In Köln konnte die Jugendarbeitslosigkeit von 5.000 auf 1.500 gedrückt werden - dies wurde allein dadurch erreicht, dass die Leisungsbeantragung verhindert und die Jugendlichen aus Leistung und Statisitk gedrängt wurden.
-Erwerbstätige Partner des Arbeitslosen verlieren ihren Freibetrag, der bisher mindestens in Höhe der Alhi lag
-Erwerbslose verlieren ihre bei der Arbeitslosenhilfe besseren Nebenverdienstmöglichkeiten, da sie die ersten 165 Euro allein für sich erarbeiten konnten.

Weitere Häßlichkeiten des Alg 2, die noch diese Woche im Gespräch waren, sind
-Kaum Schutz von Alterssicherungsvermögen
-Vorrang der Unterhaltspflicht von Eltern oder Kindern gegenüber dem möglichen Alg-2-Anspruch Arbeitsloser.

Welche Halbwertzeit die hierzu von den "SPD-Abweichlern" durchgesetzen Verbesserungen allerdings haben werden, wenn spätestens im Bundesrat die CDU Schröder und Clement bei ihrer Politik gegen Erwerbslose und Beschäftigte zur Seite springen werden, bleibt abzuwarten.

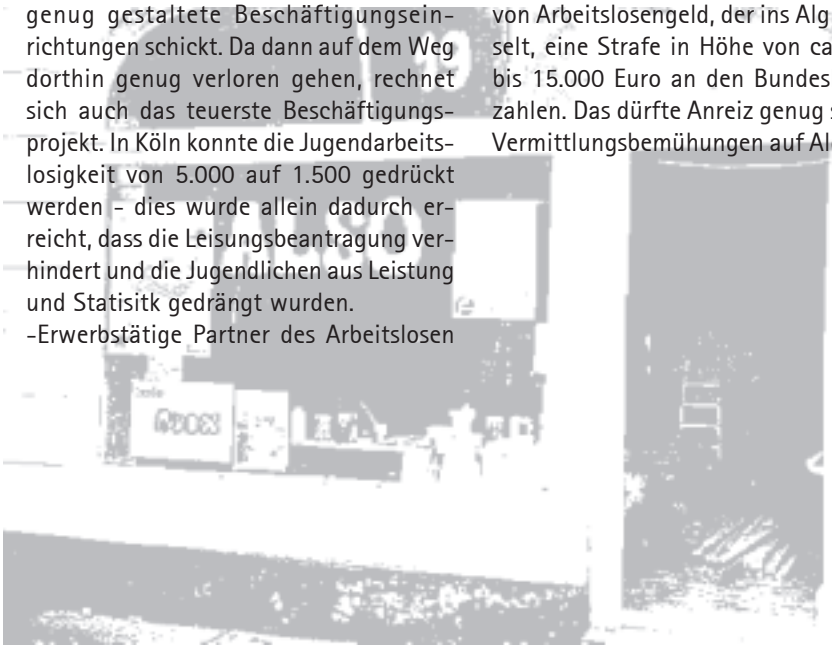
Ein letzter Aspekt zum Alg 2:
Die von Befürwortern der "Zusammenlegung von Arbeitloshilfe und Sozialhilfe" immer wieder genannte bessere Berücksichtigung von arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden bei arbeitsfördernden und berufsqualifizierenden Maßnahmen wird es nicht geben.

Denn
-sieht das Grundsicherungsgesetz die betreffenden Leistungen des Arbeitsamtes nur als mögliche Leistungen ohne Rechtsanspruch vor,
-schließt das Arbeitsförderungsrecht (in dem das alte Arbeitslosengeld geregelt bleibt) die Bezieher von Alg 2 aus diesen Leistungen aus, und
-muß das Arbeitsamt für jeden Bezieher von Arbeitslosengeld, der ins Alg 2 wechselt, eine Strafe in Höhe von ca. 12.000 bis 15.000 Euro an den Bundeshaushalt zahlen. Das dürfte Anreiz genug sein, alle Vermittlungsbemühungen auf Alg-Beziehende zu konzentrieren, denn jede Vermittlung eines Alg-2- statt eines Alg-Beziehenden auf eine freie Stelle kostet die BA 12. - 15.000 Euro.
Mit dem so gestalteten Alg 2 schafft rotgrün eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse, aus der es für die Betroffenen bei gleichbleibender politisch-wirtschaftlicher Situation kaum ein Entrinnen geben wird.

Ich fasse zusammen:
1) Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit ist für rot-grün ein politisches Auslaufmodell. Erwerbslose sollen gnadenlos zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes auf den Markt verwiesen werden oder auf Rücklagen ihrer Partner oder Familien.
2) Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit soll durch Eingriffe in die Arbeitslosenstatistik eingeschränkt werden: alle, die auch nur eine Stunde pro Woche arbeiten, sollen nicht mehr als arbeitslos zählen.
3) Das Arbeitslosengeld 2 liegt weit unter der heutigen Sozialhilfe und setzt unter anderm mit der nicht garantierten Übernahme der Kosten der Unterkunft und der fortgeschriebenen Veramung der Kinder Erwerbslose unter massiven Druck, jedwede Arbeit zu akzeptieren.

Aber all das wird die Massenarbeitslosigkeit nicht beenden, sondern nur zur finanziellen Verelendung beitragen. Die nächsten Kürzungsschritte stehen daher an. Dieser Abwärtsspirale gilt es unsere solidarische Gegenwehr entgegenzusetzen. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Veranstaltung auch dazu nutzen könnten, Gegenwehr zu entwickeln und lade alle ein, das mit uns in der ALSO zu tun.

Referat der ALSO



Infoveranstaltung

Jeden Donnerstag, 10.00h in der ALSO - Halle, Kaiserstr. 19:

Ich-AG, Überbrückungsgeld, Nebeneinkommen, Alhi und Bedürftigkeitsprüfung...

Auf nach Berlin am 3. April!

Werftarbeiter in Spanien auf dem Kriegspfad

Die Werftarbeiter im spanischen Staat haben das Kriegsbeil ausgegraben. Sie befinden sich erneut im Streik und immer wieder kommt es zu Straßenschlachten mit der Polizei und der Guardia Civil, wobei mehr als 50 Menschen verletzt wurden. Es geht ihnen um einen neuen Tarifvertrag und sie befürchten erneut Werftenschließungen.

Strassenschlachten

Mit neuen Kampfmaßnahmen machen die Werftarbeiter der Izar-Gruppe Druck. Erneut blockieren sie, vor allem an den vier Standorten des Betriebs in Andalusien, mit Barrikaden den Verkehr und liefern sich zum Teil heftige Straßenschlachten mit der Polizei und der Guardia Civil. Mit ihren sich verschärfenden Protesten antworten die Werftarbeiter, unterstützt von Kollegen aus Zuliefererbetrieben, auf die Blockade der Firmenleitung einen Tarifvertrag abzuschließen. Seit mehr als einem Jahr gibt es keinen Abschluss, was Reallohneinbußen bedeutet. Auch die Gewerkschaften und die Betriebsräte machen die Firmenleitung und die Staatliche Gesellschaft zur Beteiligung in der Industrie (Sepi) für die Lage verantwortlich.

Izar gehört der Sepi und war aus der Fusion von zwei Staatsunternehmen hervorgegangen. Eigentlich soll die Sepi die Privatisierung der Unternehmen voran treiben und die spanischen Werften erhalten. Statt dessen führe sie seit Monaten nur Scheinverhandlungen und mache sich über die Belegschaft lustig, erklärte der Betriebsratsvorsitzende Ramón Linares im Betrieb von Puerto Real bei Cadiz. Es gehe darum, einen neuen Restrukturierungsplan und damit neue Werftenschließungen durchdrücken, vermutet er.
Schon vor Weihnachten hatten die Arbeiter gestreikt und weitere „durchschlagende Proteste" angekündigt, falls sich die Lage nicht ändert. Bei Blockadeaktionen wurden schon dabei die Arbeiter von den Sicherheitskräften mit Gummigeschossen, Tränengas und Knüppeln angegriffen, ein Arbeiter verlor beinahe ein Auge.
In den letzten beiden Woche hatten die Izar-Beschäftigten den Kampf erneut aufgenommen und jeweils an zwei Tagen für jeweils zwei Stunden gestreikt und demonstriert. Wieder wurden Brücken und Straßen bei Cadiz und Sevilla mit Barrikaden blockiert. Dem Angriff der Polizei mit Gummigeschossen und Tränengas antworteten Hunderte Arbeiter mit Schraubenwürfen. Insgesamt wurden allein bei den heftigen Auseinandersetzungen über 50 Menschen verletzt.

In der vergangenen Woche wurde der Streik auf jeweils zwei Stunden von Dienstag bis Donnerstag ausgeweitet, die Auseinandersetzungen dauern an, die Polizei setzt nun auch Schützenpanzer ein, um die Barrikaden zu überwinden. Die Arbeiter verschanzen sich teilweise zu ihrem Schutz in den Werften. Zudem würden die Arbeiter ausspioniert, klagte Linares. Die Polizei habe Mikrophone und Kameras in der Nähe des Orts angebracht, wo die Betriebsversammlungen stattfänden. Sollten die Verhandlungen keinen Durchbruch bringen, werde in dieser Woche an mehreren Tagen während vier Stunden gestreikt. Als vorläufiger Höhepunkt sollen am 5. März alle Werften den ganzen Tag über in den Ausstand treten.
Angeheizt werden die Proteste durch die Ankündigung der Sepi weitere 400 Arbeiter entlassen zu wollen. Wegen dem Fehlen von Aufträgen seien im letzten Jahr schon 4000 Stellen bei Zuliefererbetrieben gestrichen worden, klagen die Gewerkschaften. Die Sepi verstoße gegen den vor zwei Jahren ausgehandelten Industrieplan, der die Beschäftigung der Werften sichern sollte. Die Belegschaft habe Bedingungen des Plans, wie termingerechte Fertigung und Verbesserung der Qualität erfüllt. Die Sepi wirft den Gewerkschaften ihrerseits die „Politisierung der Proteste" vor den Parlamentswahlen im März vor. Ihr Präsident Ignacio Ruiz-Jarabo erklärte, sie „wollen mit Gewalt ihre Position durchsetzen". Er ruft die Arbeiter auf, ihre Positionen flexibler zu gestalten, um die Arbeit in den Werften zu sichern.

Für die Gewerkschaften ist klar, dass nach den Wahlen ein neuer Restrukturierungsplan und Werftenschließungen blühen. Viermal gab es das schon in den vergangenen zwei Jahrzehnten, 13.000 Arbeitsplätze in den Werften und mehr als drei Mal so viele bei Zuliefererbetrieben wurden seither vernichtet. Was es für Regionen bedeutet, die wie Cadiz oder im galizischen Gijon von den Werften abhingen, ist in dem Film »Montags in der Sonne«, der derzeit in deutschen Kinos läuft.
Hinter der Situation ständen politische Gründe, sagte der Betriebsratsvorsitzende der Werft in Sevilla Ignacio Sánchez. Denn die Sepi und die Firmenleitung täten nichts für die Auftragsbeschaffung. Dass die Provinzregierung im baskischen Biskaya für die Izar-Werft in Sestao erst im Januar einen Auftrag für den Bau eines Tankers an Land gezogen hat, stützt die Vorwürfe. Es handelt sich um einen Auftrag über 130 Millionen Euro, welcher der baskischen Werft und Zuliefererbetrieben zwei Jahre Arbeit bringt. Sonst hätte es hier, wie an anderen Stellen im spanischen Staat ausgesehen, wo die Auftragsbücher leer sind.

Ralf Streck den 11.02.2004
www.de.indymedia.org

Gegen Monster und Machos

Der Kampf indigener Frauen in Südmexiko für Respekt und Autonomie In den Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca, Guerrero und weiteren zentralen und südlichen Regionen lebt die Mehrheit der indigenen Bevölkerung Mexikos. Durch den Aufstand der linken Guerilla EZLN (zapatistische Befreiungsarmee) vom 1. Januar 1994 ist das Thema der Ausgrenzung und Ausbeutung der indigenen Bevölkerung weit bekannt. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass viele Indígenas schon zuvor gegen ihre Misere kämpften und heute weiter Widerstand leisten – nicht nur in Chiapas und nicht allein in der EZLN.

Der mühsame Befreiungskampf der indigenen Frauen ist vielen Menschen kaum bewusst.

Zivilgesellschaft im Widerstand

Während ihres Besuches in Europa brachten die drei indigenen Aktivistinnen *Ana López, Claudia Flores und Marta Sánchez* (1) aus den Bundesstaaten Chiapas und Oaxaca souverän Licht in dieses Dunkel. López und Flores, Tojolabal-Frauen von der s*ociedad civil en resistencia* (dt.: Zivilgesellschaft im Widerstand) betonten, dass die Zivilgesellschaft in Chiapas bereits vor dem 1.1.1994 organisiert war. Mit Zivilgesellschaft meint die linke und indigene Bewegung in Mexiko die aktive Opposition, die nicht nach Posten und Pfründen Ausschau hält, sondern sich wirklich unabhängig für ihre Basis einsetzt. Die s*ociedad civil* unterstützt die Forderungen der EZLN, weil sie gerecht und richtig sind und hat ein solidarisches Verhältnis zur EZLN, die der Bevölkerung mit ihren *milicianos* (dt.: MilizionärInnen) auch Schutz bietet (2). Gleichzeitig hat die Zivilgesellschaft ihrerseits Einfluss auf die zapatistische Bewegung, so dass von einer sich ergänzenden und unterstützenden Koexistenz im Widerstand gesprochen werden kann.López führte aus, dass die *sociedad civil en resistencia* zwar nicht wie die EZLN die Waffen erhoben hat, aber über die Entschlossenheit und den Willen verfügt, anhaltenden Widerstand zu leisten. Sie unterstützt die Abkommen von San Andrés über indigene Selbstverwaltung, Rechte und Kultur, die - von Regierungsvertretern und EZLN 1996 unterzeichnet -, von der Regierung bis heute nicht umgesetzt wurden. Seit der großen *consulta* (Befragung) zur Durchsetzung der indigenen Rechte, welche die EZLN 1999 angeregt hatte, existieren in zahlreichen Städten Mexikos weiterhin die lokalen Komitees, die sich damals zur Unterstützung zusammengefunden hatten. Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft im Widerstand haben sich seitdem verstärkt und die AktivistInnen sind mexikoweit und regional vernetzt. In Chiapas gibt es sieben Regionen der organisierten Zivilgesellschaft, die in einem Forum beschlossen haben, wie die Zapatistas keinerlei Hilfe von Staat anzunehmen, weil die Regierung mit diesen Almosen die Gemeinden spaltet, die Kontrolle zurückerlangt und den Menschen ihre Würde nimmt, an den ausbeuterischen und marginalisierenden Strukturen aber nichts ändert. Dieser sozio-ökonomische Sektor der Aufstandsbekämpfung, der parallel zum Krieg der niederen Intensität durch Paramilitärs und Armee vorangetrieben wird, ist in den letzten Jahren unter der neoliberal-konservativen Bundesregierung von Vicente Fox und dem neuen chiapanekischen Gouverneur Pablo Salazar wichtiger geworden. Sogenannte „Hilfsprogramme" wie Progresa oder Procampo (3) bieten den Menschen auf dem Land Geld, Baumaterial und Sämereien an, wenn diese sich im Gegenzug von der EZLN und der weiteren Opposition lossagen. Diese Programme dienen folglich dazu, die Gemeinden auseinander zu dividieren und mit einer Umarmungstaktik an die Regierung zu binden, um die oppositionelle Basis zu schwächen.

Der Kampf der indigenen Frauen

In Südmexiko werden die Frauen gezielt dazu angehalten, Geld im Rahmen des Programms *oportunidades* (dt.: Chancen/Möglichkeiten) zu akzeptieren. Nach Meinung der oppositionellen Frauenorganisationen soll mit den Staatsgeldern erreicht werden, dass sich die Männer betrinken und keinen Widerstand organisieren und die Frauen gleichzeitig weniger Kinder bekommen. Die Frauen werden in aufoktroyierten Gesprächen zur Verhütung gedrängt, denn nach Aussagen der Aktivistinnen hat die Regierung offenbar Angst vor jedem neuen potentiellen Guerilla-Nachwuchs. Viele Frauen gehen ungern in die staatlichen Hospitäler, da sie dort wegen ihres Indígena-Seins oft abschätzig behandelt werden, weil sie abgelaufene Medikamente teuer erwerben müssen und z.T. nach Entbindungen gegen ihren Willen und gegen ihr Wissen operiert oder „geimpft" werden - was sich in einigen Fällen als Zwangssterilisierung entpuppte. Viele Frauen schämen sich oder haben Angst, diese menschenverachtenden Sterilisierungen zu melden, so dass von einer erheblichen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Das Programm *oportunidades* veranschaulicht auch das korrupte politische System Mexikos, denn es wird von der Weltbank mitfinanziert und eigentlich sollte jede interessierte Frau monatlich 500 Pesos erhalten, ausbezahlt werden in der Regel jedoch

nur 150 Pesos (z.Z. gut 12,- Euro).Frauenorganisationen und andere Gruppen, die diese staatliche „Hilfe" ablehnen, werden immer stärkerem Druck ausgesetzt, die Zuwendungen zu akzeptieren - bis hin zu Morddrohungen. Dagegen wehren sich die Zapatistinnen und die Frauen im Widerstand. Claudia Flores ist Aktivistin einer Frauenorganisation aus der Region Las Margaritas, die 1994 eine Kooperative gegründet hat. Die Kooperative verfügt über eine Mühle und einen Laden, um ein wenig Geld aufzutreiben und die Ernährung ihrer Familien zu sichern. Neben dem ökonomischen Aspekt ist es der Organisation auch wichtig, dass es ein Unterstützungszentrum für Frauen gibt. Dort betreuen sie Frauen, die von ihren Ehemännern oder anderen männlichen Gemeindemitgliedern misshandelt oder unterdrückt wurden. Vielen Frauen wird z.B. verboten, nachts auf die Straße zu gehen oder allein zu verreisen.Dies führt bei einigen Frauen dazu, dass sie in der häuslichen Umgebung nahezu vereinsamen und nur wenig außerfamiliäre Kontakte aufbauen können. Die Frauenorganisation besucht regelmäßig fünf Tojolabal-Gemeinden, um Aufklärungsarbeit über Menschen- und Frauenrechte zu leisten, wobei die Aktivistinnen auch Männer und Jugendliche zu ihren Seminaren einladen. Des weiteren geben sie Alphabetisierungskurse, weil viele indigene und bäuerliche Frauen während ihrer Kindheit nicht die Schule besuchen konnten, da sie aufgrund von Armut und Unterdrückung - auch innerhalb der Familie - gezwungen waren zu arbeiten.Flores und ihre Kolleginnen sind nicht nur in diesen Gemeinden, sondern auch auf bundesstaatlicher Ebene organisiert. Die übergreifenden Forderungen der Frauenorganisationen lauten: Gesundheit, Bildung, Wohnraum, Recht auf Ämter, Eigentum und politische Betätigung, Emanzipation und Freiheit. Diese Forderungen wollen sie mit Kongressen, Seminaren, Treffen und weiteren Mobilisierungen erreichen. Neben ihrer Belastung als Mutter, Frau und Indígena leiden viele Frauen auch unter der schlechten Gesundheitsversorgung, was ihr eigenes Engagement weiter erschwert. Festzuhalten bleibt, dass es vor allem die Frauen selbst sind, die - trotz aller Widrigkeiten - die Prozesse der Verbesserung ihrer

Der Kampf für indigene Autonomie und gegen das System

Marta Sánchez von der *coordinadora nacional de mujeres indígenas* (dt.: Nationale Koordination indigener Frauen) innerhalb des Nationalen Indigenen Kongresses (CNI) erläuterte, dass der indigene Kampf für Autonomie nicht nur auf Chiapas und die Zapatistas beschränkt ist. Die Indígenas leben in vielen verschiedenen Bundesstaaten, in denen es ähnliche Probleme wie in Chiapas gibt. Sie betonte gleichzeitig, dass sich die CNI-Frauenkoordination solidarisch mit der EZLN und der Zivilgesellschaft *„gemeinsam für eine mit Inhalt gefüllte Autonomie einsetzt, um gegen das Monster, welches das System darstellt, kämpfen zu können"*.Durch den Aufstand von 1994 konnten über 40 indigene Bevölkerungsgruppen ihre Anliegen formulieren und gründeten 1996 den CNI, um gegen Rassismus zu kämpfen und eigene Räume für die Indígenas zu öffnen - ohne Einmischung von Parteien, NGOs und Wirtschaftsvertretern. Sánchez unterstrich an dieser Stelle, dass es wichtig sei, das Bild der Indígenas zu entmystifizieren, da sie keineswegs eine homogene Gruppe seien und in der Vergangenheit durch aufgepfropfte Systeme oder interne Konflikte zerstritten waren. Gerade aufgrund der Heterogenität der indigenen Bewegung müssten Organisierungsprozesse von unten geleistet werden. Den Indígenas hilft es auch nicht, wenn ein indigener Mensch das Land regieren würde; der Bewegung geht es um den Aufbau selbstverwalteter, basisdemokratischer Strukturen, was eine fundamentale Kritik am herrschenden System impliziert.Der CNI, in dem die EZLN eine Mitgliedgruppe ist, befindet sich zur Zeit weiterhin im Aufbau, trifft sich regelmäßig und agiert dabei auf mexikoweiter Ebene. Die zentrale Forderung des CNI ist (deckungsgleich mit derjenigen der EZLN) die wirkliche Umsetzung der Abkommen von San Andrés über indigene Selbstverwaltung, Rechte und Kultur. Im CNI werden die Frauenrechte mehrheitlich bejaht, sie sind jedoch noch nicht angemessen umgesetzt und garantiert.Die Frauen fordern z.B. weiterhin, Ämter übernehmen oder Land erben zu können und an den Debatten um die indigene Bewegung mehr teilnehmen zu können. Die Aktivistinnen aus Chiapas und Oaxaca berichteten übereinstimmend, dass die Männer oft Diskussionen unter sich führen, während viele Frauenorganisationen darauf Wert legen, an ihren Seminaren auch Männer teilnehmen zu lassen. Am Beispiel des Widerstandes gegen den Plan Puebla Panama - ein Megaprojekt, das durch Straßen, Staudämme, Biopiraterie und Fabrikbau die ländlichen Gemeinden bedroht - schilderte Flores, dass die Frauen besonders unter der Repression leiden und die umfassendere soziale Arbeit leisten, während einige Männer „Siegeshymnen" anstimmen, wenn ein Teilerfolg errungen wurde. Sie verlangen eine stärkere Einbeziehung der Frauenfrage, sie soll eine Perspektive werden, die immer und überall eingebracht wird.Das Ziel der Frauenstruktur des CNI ist, dass ihre Kämpfe, aber auch ihr Alltag anerkannt und respektiert werden. Die Frauen betonen, dass Autonomie nicht nur nach außen gerichtet ist, sondern auch innerhalb der Gemeinden umgesetzt werden muss. Neben der Umsetzung von Frauenrechten bedeutet dies vor allem einen solidarischen Umgang mit natürlichen und ökonomischen Ressourcen sowie eine Politik der Gemeinschaft.Am Ende ihrer beeindruckenden Informationsveranstaltung riefen die drei Mexikanerinnen unter Beifall dazu auf, die Kämpfe der Indígenas, der Frauen und der linken Bewegung auch hier in Europa bekannt zu machen und weiterzuverfolgen, da es längerfristig darum geht, mit allen verschiedenen emanzipatorischen Kräften des Erdballs eine Alternative zum herrschenden System aufzubauen.

Anmerkungen:

(1) Die Namen der drei Aktivistinnen wurden aus Sicherheitsgründen geändert.(2) Obwohl die EZLN ihre Waffen noch besitzt, hat sie seit Mitte Januar 1994 keine militärischen Aktionen mehr unternommen. Viele BeobachterInnen des Konflikts gehen in diesem Kontext davon aus, dass die Bewegung längst zerschlagen worden wäre, wenn sie ihre Waffen abgegeben hätte.(3) Progresa: dt.: Programm für Erziehung, Gesundheit und Ernährung - Procampo: Programm zur direkten Unterstützung der ländlichen Produzenten.Kontakt & InfosAlle Informationen beziehen sich auf die Veranstaltung und weitere Gespräche mit den drei genannten indigenen Aktivistinnen während des bundesweiten Treffens der EZLN-solidarischen Gruppen und Einzelpersonen vom 6. und 7. Juni 2003 während des BUKO-Kongresses in Bremen. Aktuelle Infos zum Thema: www.chiapas.ch www.zapapres.de www.gruppe-basta.detive zum herrschenden System aufzubauen. **Luz Kerkeling, Gruppe B.A.S.T.A.** www.buko.info/carea, !Gruppe B.A.S.T.A., c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster, gruppeBASTA@gmx.de

Der letzte Samurai

Japans gewaltbereite neue Rechtsextremisten

So schnell hatte Ichiro Murakami nicht mit dem Ende seiner Aktivitäten zur Rettung der japanischen Nation gerechnet. Ein Sondereinsatzkommando nahm den 54jährigen Vorsitzenden einer Vereinigung von Schwertliebhabern (Token Tomo no Kai) noch vor der geplanten Gründung einer rechtsextremen Massenorganisation im vergangenen Dezember fest. Was von Japans Polizei und Medien als fehlgeleiteter Patriotismus präsentiert wurde, ist ein Lehrstück über die Zusammenhänge zwischen Japans Konservativen und gewaltbereiten Rechtsextremen.

Der Unternehmer aus der zentraljapanischen Provinzmetropole Gifu soll hinter der rechtsextremen Anschlagsserie stecken, die Japan seit November 2002 erschüttert. Linke und nordkoreanische Einrichtungen, Befürworter von Verhandlungen mit Nordkorea und die Aum-Sekte standen auf der Abschußliste der Terrorgruppe, die sich als »Freiwilligenkorps zum Aufbau der Nation – Sondereinheit für die Bestrafung von Verrätern« (Kenkoku Giyugun Kokuzoku Seibatsutai) und »Freiwilligenkorps zum Aufbau der Nation – Sondereinheit für die Bestrafung der Nordkoreaner« (Kenkoku Giyugun Chosen Seibatsutai) zu 23 Anschlägen in zehn Regierungsbezirken bekannte.

Murakamis Firma Nihon Reijin befindet sich in Ginan, einem Stadtteil Gifus, der so ganz und gar nicht dem entspricht, was man sich in Deutschland unter Japan vorstellt. Schnellstraßen zerschneiden das Viertel. Das Donnern schwerer Lastwagen dominiert die Geräuschkulisse. Die Skyline wird vom knallgelben Verwaltungsgebäude der Großwäscherei Takaken bestimmt, das Stadtbild von Billigbauten. Allein die Schriftzeichen deuten darauf hin, daß man sich in Japan befindet. Es könnte genausogut der Mittlere Westen der Vereinigten Staaten sein.

Zwischen »Mister Donut« und »Aoki's Pizza« arbeitete Murakami an der nationalen Wiedergeburt Japans. Nachdem sich der Vertrieb von Eßbesteck nicht rechnete, zog er einen schwunghaften Versandhandel mit traditionellen japanischen Schwertern auf. Sein Versprechen, die Schwerter für 70 Prozent des Kaufpreises zurückzunehmen, überzeugte die Kundschaft. Die Mitglieder von Token Tomo no Kai gehörten größtenteils dazu.

Murakami äußerte im Mitgliedsblatt der Vereinigung zunehmend extremere Ansichten und begann sich auf Veranstaltungen der Schwertliebhaber nach Gleichgesinnten umzusehen. Die wichtigsten Positionen des Verbands besetzte er mit seinen Anhängern. »Als ich in den Vorstand berufen wurde, war ich mit den Zuständen unzufrieden. Es war wie ein Geschenk des Himmels«, schrieb etwa der 48jährige Eiji Shikano im Mitteilungsblättchen des Vereins. Er wurde im Zusammenhang mit einem Anschlag auf eine Einrichtung der Aum-Sekte festgenommen.

Die Anschlagsserie sollte den Namen der von Murakami geplanten Massenorganisation »Kenkoku Giyugun« (Freiwilligenkorps zum Aufbau der Nation) bekannt machen: »eine Gruppe moderner Samurai, die ihr Bestes dafür geben wollen, Japan zu einer wirklich unabhängigen Nation zu machen«. Die Forderung nach Unabhängigkeit erklärt sich daraus, daß sich die japanische Rechte unter einer Art US-Kolonialherrschaft wähnt.

Was einen wohlgenährten Versandhändler aus Gifu, einen Zahnarzt aus Tokio oder einen Restaurantbetreiber aus Yokkaichi zum Samurai qualifizieren soll, geht aus dem rechtsextremen Traktaten im Vereinsblatt nicht hervor. So wenig wie man sich in Europa selbst zum Ritter schlagen konnte, war es im alten Japan möglich, sich selbst zum Samurai zu erklären. Vielleicht kann ja Tom Cruise helfen. Der Eastern-Star weiß nach der Lektüre von Inazo Nitobes Machwerk »Bushido« offenbar so gut Bescheid, daß er der japanischen Jugend allen Ernstes vorwarf, nichts über die darin beschriebenen ritterlichen Tugenden zu wissen.

Murakami war da schon einen Schritt weiter. Er beschrieb seine Landsleute als »merkwürdige Existenzen, die wie Quallen im Ozean treiben und nur primitive Begierden wie Fressen und Sex kennen«. »Bushido« erschien übrigens zuerst in englischer Sprache und fand nach dem japanischen Sieg im Krieg gegen Rußland (1904-05) reißenden Absatz. Heute kann es gut als Einführung in die ideologischen Wurzeln des japanischen Ultranationalismus gelesen werden.

Im Gegensatz zu anderen rechtsextremen Gruppen nahmen die Schwertliebhaber auch einflußreiche Politiker der regierenden Liberaldemokraten (LDP) aufs Korn. Dem ehemaligen LDP-Generalsekretär Hiromu Nonaka schickten die Terroristen einen Drohbrief mit einer Kugel darin. Vor das Wohnhaus des stellvertretenden Außenministers Hitoshi Tanaka legten sie eine Bombe mit Zeitzünder. Beide Politiker gelten als Befürworter des friedlichen Ausgleichs mit Nordkorea. Tanaka entwarf die gemeinsame Erklärung beider Länder nach dem Gipfeltreffen in Pjöngjang im September 2002.

Fehlgeleitete Patrioten?

Polizei und Massenmedien bemühen sich, die Terroristen als fehlgeleitete Patrioten darzustellen, die nach all den schrecklichen Geschichten über das Schicksal der nach Nordkorea entführten Japaner einfach handeln wollten. Die nordkoreanische Regierung hatte auf einem Gipfeltreffen 2002 die Entführung

japanischer Staatsangehöriger eingeräumt und ließ die fünf noch lebenden Opfer ausreisen. Seitdem hat die antikoreanische Hetze in Japan noch an Schärfe gewonnen. Ziel der Attacken der Rechtsextremisten waren in erster Linie nordkoreanische Einrichtungen: Genossenschaftsbanken wie die Chogin Chubu Credit Union in der Millionenstadt Nagoya oder die Hana Credit Union im nordjapanischen Niigata. Auch Büros des Verbands der in Japan lebenden Nordkoreaner »Chongryun« gerieten unter Beschuß.

Polizeiangaben zufolge ist keiner der selbsternannten Samurai bisher als rechtsextremer Aktivist in Erscheinung getreten. Auch der rechtsextreme Vordenker Kunio Suzuki folgt der offiziellen Lesart. Für ihn sind die Schwertliebhaber keine echten Rechtsextremen. »Die haben über Rechtsextremismus im Internet gelesen«, kanzelte er die Attentäter auf seiner Homepage ab.

Um die offizielle Version der Ereignisse – fehlgeleitete Patrioten – zu stützen, wurden Einzelheiten aus den Verhören an ausgewählte Journalisten weitergereicht. Die Tageszeitung Asahi Shinbun berichtet etwa, Murakami habe gestanden, eine Woche nach der Rückkehr der fünf überlebenden Japaner aus Pjöngjang im Oktober 2002 einen Brandanschlag auf ein »Chongryun«-Büro im Regierungsbezirk Fukui verübt zu haben. »Ich konnte Nordkorea damit nicht davonkommen lassen«, soll Murakami der Polizei erzählt haben. »Zu dieser Zeit begann ich von einer geheimen Untergrundorganisation zu träumen, die meine Ideen umsetzen würde.«

»Revival eines stolzen Japan«

Seine Verbindungen zur parlamentarischen Rechten zeigen, daß Murakami keinesfalls im luftleeren Raum agierte. Seit 1999 spendete sein Verein 2,1 Millionen Yen für den Wahlkampf von Shingo Nishimura, Abgeordneter der konservativen Splitterpartei »Liberale Partei«, der für seine nationalistischen Ansichten bekannt ist.

Nishimura verurteilte zwar den Anschlag auf Tanaka, fügte aber hinzu, daß dessen weiche Haltung gegenüber Nordkorea dem »nationalen Interesse Japans« schade. Nishimura schrieb Kolumnen für das Mitgliedsblatt von Token Tomo no Kai und fungierte als »Berater« der Vereinigung. »Unser Verhältnis war von gegenseitigem Vertrauen geprägt«, sagte Nishimura über seine Beziehungen zu Murakami. An den Anschlägen sei er aber nicht beteiligt gewesen, betonte der Politiker. »Das hat mich wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen. Ich hatte nichts damit zu tun.«

Nishimura hißte 1997 das Sonnenbanner auf den von Japan beanspruchten Diaoyu-Inseln und verlautbarte, daß »das Revival eines stolzen Japan und das Erwachen des Bewußtseins des japanischen Volkes« mit Sicherheit dort ihren Anfang nehmen werden. Die Inselgruppe wird sowohl von der Volksrepublik China, Taiwan als auch von Japan beansprucht und hat neben reichen Fischgründen vermutlich reiche Erdölvorkommen zu bieten.

Auch Murakami nahm an einer Expedition auf die Diaoyu-Inseln teil, um den Anspruch auf die heilige Muttererde der in Japan Senkaku genannten Inselgruppe zu unterstützen. Im Anschluß an seinen Besuch wurde Murakami Medienberichten zufolge von der japanischen Küstenwache verhört. Unklar bleibt in den Berichten, mit wem Murakami unterwegs war. Vielleicht war es ja die Privatyacht eines konservativen Parlamentariers. Die rechts- extreme »Japanische Jugendgesellschaft« (Nihon Seinensha), die Leuchttürme auf den Inseln errichtet hat, bestreitet jeden Kontakt. »Wir haben mit Token Tomo no Kai rein gar nichts zu tun«, sagte ein Sprecher der Gruppe der jungen Welt.

Nishimura mußte 1999 wenige Tage nach seinem Amtsantritt als stellvertretender Verteidigungsminister zurücktreten. Er hatte dem Magazin Shukan Playboy gesagt, Japan müsse über die Anschaffung von Atomwaffen nachdenken. »Wenn Nachbarstaaten mit ihren Mittelstreckenraketen auf japanische Großstädte zielen, hat Japan den Punkt erreicht, an dem im Parlament darüber diskutiert werden muß, was getan werden soll«, sagte Nishimura. Inzwischen würde ihn so ein Spruch nicht mehr das Amt kosten.

Heute zählt Nishimura zu den wichtigsten Unterstützern der »Nationalen Vereinigung zur Rettung der nach Nordkorea verschleppten Japaner« (NARKN), deren Ortsverband in Kumamoto zeitweilig von Murakamis Gefolgsmann Takeo Kimura geleitet wurde. NARKN distanzierte sich zwar von Kimura, unterhält aber ansonsten intensive Kontakte zur extremen Rechten.

NARKN hat es geschafft, die Angehörigen der nach Nordkorea verschleppten Japaner für eine politische Kampagne gegen die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen Tokio und Pjöngjang einzuspannen. Der Verein hat seinen Sitz im Modern Korea Institute (MKI), einem dubiosen Think Tank aus der Zeit des Kalten Krieges. Führende

NARKN-Funktionäre gehören zum akademischen Unterstützerkreis der rechtsextremen Restaurationspartei »Neuer Wind« (Ishin Seito Shinpu). Schnell weitete NARKN die bearbeiteten Themen über rein humanitäre Fragen hinaus aus. Inzwischen geht es um den angeblich schwunghaften Drogenhandel des nordkoreanischen Regimes, Spionageschiffe usw. Finanziert werden die Aktivitäten der Mitglieder unter anderem von den regierenden Liberaldemokraten. Zu den Nutznießern der antinordkoreanischen Stimmungsmache zählt unter anderem der Generalsekretär der regierenden Liberaldemokraten (LDP), Shinzo Abe, der sich im vergangenen Wahlkampf auf Kosten der Befürworter einer Verhandlungslösung als Mann der Tat profilieren konnte.

Das Beispiel des Tokioter Gouverneurs Shintaro Ishihara zeigt, wieviel Sympathie Japans Volksvertreter dem rechten Terror entgegenbringen können, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Der für seine rassistischen Ansichten bekannte Ishihara erklärte in einer ersten Reaktion auf den versuchten Bombenanschlag auf Tanaka, das habe der verdient. Später machte Ishihara einen Rückzieher, hielt den Tätern aber zugute, daß sie »ausreichend Gründe« für ihr Handeln gehabt hätten. »Das japanische Volk ist verärgert«, sagte Ishihara. »Es ist nicht zu leugnen, daß sich dieser Ärger aufgestaut und zu diesen Aktionen geführt hat.« Auch Ishihara zählt zu den Unterstützern von NARKN.

Der rätselhafte Selbstmord eines führenden Mitglieds der Terrorgruppe spricht dafür, daß es einiges zu vertuschen gibt. Der 54jährige LKW-Fahrer sprang nach der Vernehmung durch die Strafverfolger in Osaka angeblich von einer Brücke in den Yodogawa-Fluß. Ein Abschiedsbrief wurde nicht gefunden. Der Mann hatte an Schießübungen der Gruppe auf der US-Pazifikinsel Guam teilgenommen. Zufälligerweise liegt Nishimuras Wahlkreis in Osaka.

Gut vernetzt

Was über die Aktivitäten von »Kenkoku Giyugun« bisher bekannt ist, spricht dafür, daß es sich dabei nicht um verirrte Patrioten, sondern um gut vernetzte Rechtsextreme handelt. Vom Besuch der Diaoyutai-Inseln bis zu Angriffen auf die Lehrergewerkschaft Nikkyoso decken ihre Aktivitäten das klassische Repertoire der extremen Rechten Japans ab.

In einem Bekenneranruf bezogen sich die Terroristen auf eine andere rechte Organisation, die in den 80er Jahren mit ihren Anschlägen für Angst und Schrecken sorgte: die »Sekihotai« (Sondereinheit für die Bekämpfung von Kommunisten), eine Art japanische Anti-Antifa, deren Verbrechen bis heute unaufgeklärt und mittlerweile verjährt sind. Am 24. Januar 1987 überfielen »Sekihotai«-Mitglieder die Zentrale der Asahi Shinbun in Tokio, die nach Meinung der Rechtsextremisten dem Kaiser nicht den gebührenden Respekt zollt und die japanische Geschichte verzerrt darstellt. Am 3.Mai 1987 wurde der Journalist Kojiri Tomohiro im Hanshin-Büro der Asahi Shinbun in Nishinomiya von einem Rechtsextremisten der »Sekihotai« erschossen, ein weiterer Journalist wurde verletzt. Am 24. September 1987 verübte die »Sekihotai« einen Anschlag auf das Mitarbeiterwohnheim der Asahi Shinbun in Nagoya. Ein Bombenanschlag auf das Büro der Zeitung in Shizuoka schlug fehl, weil die Paketbombe rechtzeitig entdeckt worden war.

An der Aufklärung rechter Gewaltverbrechen ist den japanischen Strafverfolgern jedoch nicht gelegen. Zu eng sind die Verbindungen der extremen Rechten zu einflußreichen Politikern und zum organisierten Verbrechen, der Yakuza. Deren Gruppen tarnen sich zuweilen als rechte politische Organisationen.

Bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges griff der damalige Justizminister Tokutaro Kimura beim Kampf gegen die Linke auf die geistigen Vorgänger Murakamis und gewöhnliche Verbrecher zurück. Um 1960 entstanden unter dem Eindruck der starken linken Gegenbewegung zum japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag rechte Dachverbände, mit deren Hilfe die rund 400 Gruppen und Organisationen, die zu dieser Zeit existierten, unter einem Minimalprogramm zusammengeschlossen werden sollten. Der wichtigste Dachverband, die »Alljapanische Konferenz Patriotischer Verbände« (Zennihon Aikokushadantai Kaigi bzw. Zenai Kaigi) ging aufgrund der massiven Präsenz von Yakuza-Gruppen auch als Yakuza Kaigi in die Geschichte ein. Der LDP-Politiker Kodama Yoshio fungierte als Berater des »Zenai Kaigi« und wurde, nachdem bereits 1959 eine Demonstration mit etwa 5 000 Teilnehmern für den Sicherheitsvertrag organisiert worden war, an der in der Mehrzahl Yakuza-Angehörige teilnahmen, im Sommer 1960 von führenden liberaldemokratischen Politikern gebeten, Yakuza und Rechtsextreme zum geplanten Empfang des US-Präsidenten Eisenhower zu mobilisieren, um den reibungslosen Ablauf des Staatsbesuchs zu gewährleisten.

Die Liste der Politiker, die gute Kontakte zur Yakuza pflegten, reicht von Kimura bis zu den Ministerpräsidenten Nobosuke Kishi – dem Großvater Shinzo Abes – und Yoshiro Mori. Mit rechtsextremen Sprüchen sorgen sie immer wieder dafür, daß sich die extreme Rechte bewegen kann wie ein Fisch im Wasser. Im Gegenzug schüchtert die Rechte politische Gegner ein – auch innerparteiliche Gegner, wie die Anschläge auf Hitoshi Tanaka und Hiromu Nonaka zeigen.
23.02.2004

aus der jungen welt von Josef Oberländer

NPD - Aufmarsch in Wilhelmshaven verhindern!

Kein NPD-Aufmarsch in Wilhelmshaven und sonstwo!

Die niedersächsische NPD plant für den 20.03.2004 einen Aufmarsch auf dem Valoisplatz in Wilhelmshaven. Unter dem Motto „Heimreise statt Einreise - Denn deutsche Kinder braucht das Land" wollen die Neonazis ihre faschistische Gesinnung auf die Straße tragen und so der rassistischen Hetze gegen Flüchtlinge und Migrantinnen weiter Vortrieb leisten.

Das sie dabei in ihrer Rhetorik ebenso wie in ihren Inhalten offen ihre Nähe und Verbundenheit zum dritten Reich und der NSDAP zum Ausdruck bringen ist nur ein weiteres Argument unter vielen, sich ihnen entgegenzustellen.

Klar ist dabei auch: Es reicht nicht, den Nazis zu sagen, dass wir sie nicht mögen - das wissen sie bereits. Vielmehr muss die Devise heißen: Kein Fußbreit den Faschisten - und das ist wörtlich zu nehmen! Es gilt, den Aufmarsch der Rechtsextremisten zu verhindern - mit allen Mitteln, die dazu nötig sind.

Doch Rassismus zu bekämpfen heißt mehr, als der NPD die eigene Antipathie zum Ausdruck zu bringen. Der offen zur Schau getragene „Fremdenhass" des braunen Mobs ist nämlich nur die Spitze des Eisbergs.

Die Ideologie der Neonazis wurzelt sehr viel tiefer, in der Mitte der Gesellschaft. Ob „Das Boot ist voll" oder „Kinder statt Inder" - ständig füttern VertreterInnen der Politprominenz aus allen Lagern die Rechtsradikalen mit Argumenten und stärken ihnen so den Rücken. Alles Gerede über die „Bösen Nazis" bleibt Lippenbekenntnis - repressive Asyl- und Einwanderungspolitik und immer stärker bewachte Grenzen sprechen eine deutlichere Sprache!

Aus eben diesem Grunde distanzieren wir uns auch ausdrücklich von jeglichem „Aufstand der Anständigen" und ähnlichem Schwachsinn. Antirassistischer Widerstand muss sich auch gegen gesellschaftliche Zustände richten, in denen Ausbeutung und Konkurrenzdenken immer wieder rassistisches und faschistisches Denken und Handeln hervorbringen. Also:

Keine Toleranz, keine Akzeptanz für Nazis und andere Rassisten!

Kein Fußbreit den Faschisten in WHV und sonstwo!

Hoch die antinationale Solidarität!

Caramba! THINK. ACT. KICK!

Treffpunkt:

Sa. 20.03. um 10.00 Uhr auf dem Kaiser Wilhelm-Platz in Wilhelmshaven

Infoveranstaltung in Oldenburg:

Do. 11.03. um 19.30 Uhr im Alhambra

Weitere Infos unter:

www.nazisstoppen-whv.de.vu

Shock and Awe - Kriegsbilder zwischen Dokumentation und Ideologie

Bilder der Welt und Inschrift des Krieges, 1988, 75'
Harun Farocki, mit einem Kommentar von **Hito Steyerl**
Freitag, 12. März 2004, 20 Uhr

Luftaufnahmen von 1944 zeigen die Konzentrationslager in Auschwitz. Die Aufklärer der amerikanischen Luftwaffe haben sie zufällig mit fotografiert, als sie die IG-Farben-Werke in Monowitz für die Bombardierung erfassten. Kommentare auf den Luftaufnahmen machen deutlich, erst Jahrzehnte später und mit dem Wissen der Nachkriegsjahre wurde entdeckt, was die Alliierten nicht sehen wollten oder konnten: Die Gaskammern, die Todeswand und hunderte von Menschen. Die Aneignung der Welt durch Bilder und die Enteignung der menschlichen Sinne und Fähigkeiten diese zu deuten ist das zentrale Thema des Films. In einem Transfer historischer und aktueller Strategien von Kriegsbildern werden ihre medialen Stereotypen, wird ihre »Inschrift des Krieges« entlarvt.
Geboren 1944 in Nový Jicin (Neutitschein), 1966-68 Studium an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFB). Nach Dozenturen in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Manila, München und Stuttgart, 1993-1999 visiting professor an der University of California, Berkeley. Farockis Oeuvre umfasst an die 90 Filme, darunter drei Spielfilme, Essayfilme und Dokumentationen. Seit 1966 zahlreiche Publikationen. 1974-1984 Redakteur und Autor der Zeitschrift *Filmkritik* (München). Seit 1990 außerdem zahlreiche Ausstellungen in Galerien und Museen.
»Die Bilder zeigen also die Wahrheit - aber eben nicht die „ganze" Wahrheit. Sie erweisen sich als janusköpfiges Konstrukt, in dem „Momente der Wahrheit" artikuliert werden können.«
Hito Steyerl, Dokumentarismus als Politik der Wahrheit, 2003.
In ihren letzten Arbeiten widmete sich die Autorin Hito Steyerl dem philosophischen Begriff der Wahrheit und untersuchte seine Bedeutung im Kontext der aktuellen Popularität dokumentarischer Strategien.
Lebt in Berlin, studierte Spiel- und Dokumentarfilm an der Hochschule für Visuelle Künste in Tokio und an der Akademie für Fernsehen und Film in München. Sie veröffentlichte filmische und literarische Essays zu Globalisierung, Rassismus und postkolonialer Kritik.

Edith-Russ-Haus für Medienkunst
Katharinenstr. 23, Oldenburg
www.edith-russ-haus.de

---

3 0 4

+++ Uns reicht's! +++

Weg mit den Deformen gegen uns!

~~Veranstaltungen im Kulturzenrtrum PFL, Peterstr. 3~~

Mittwoch, 10. 03. 04, 20 Uhr: Proteste und Gegenwehr gegen den Kahlschlag bei den Leistungen für Erwerbslose

Mittwoch, 24. 03. 04, 20 Uhr: Gesundheitspolitik - was bleibt für uns?

Großdemonstration in Berlin am 3. April

Anmeldung zur Fahrt nach Berlin ab sofort beim DGB, Kaiserstr. 4 - 6, OL, T. 218760

Die ganze Richtung der Agenda-Politik ist falsch: Gesundheit und Bildung nur noch für die, die sich's leisten können. Renten-"Reformen" bis zur Altersarmut. Statt Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein Arbeitslosengeld II, das vieles verspricht: Einkommensarmut, Wohnungsverlust, Zwang zur Schwarzarbeit, wenn überhaupt Jobs, dann zu Dumpinglöhnen - aber keine Arbeitsplätze mit Einkommen, für die es lohnt zu arbeiten. und weitere Angriffe sind schon angekündigt. Wir fordern drastische Arbeitszeitverkürzung und gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum, keine diskriminierenden Arbeiten, Mindesteinkommen, die vor Armut und ruinösem Lohnwettbewerb zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen schützen.

Im „Sozialforum Oldenburg" treffen sich seit einiger Zeit Initiativen, Gewerkschaften, Attac: Die Gegenwehr gegen die Agenda-Politik soll auch in Oldenburg spürbar werden.Erstes Ziel ist die möglichst große Beteiligung am Europäischen Aktionstag am 3. April 2004 an der Großdemonstration in Berlin.

warum sind die konzerte eigentlich immer so teuer?

werden wir oft gefragt und fragen wir uns auch selber oft... die antwort ist leider: weil sie sonst gar nicht mehr stattfinden würden. von dem wenigen geld was reinkommt kaufen wir der band was zu essen, der rest geht praktisch komplett an die bands. damit die aber wenigstens ihre kosten wieder reinkriegen (hauptsächlich auto-kosten und benzingeld), legen wir im schnitt noch was drauf, weil wir es nicht okay finden wenn eine band, in der 5 leute spielen, am ende pro nase nur 5 euros verdient hat (wenn überhaupt, die meisten bands, die bei uns spielen, zahlen bei ihren touren eher drauf). wir machen dann einmal im jahr ein soli-festival für uns selber, um die verluste des nächsten jahres einzuspielen...

vor 10 jahren haben die konzerte statt 5 euros nur 5 mark gekostet. aber da sind auch noch doppelt so viele besucherInnen gekommen...und mit 5 mark konnte mensch auch noch mehr kaufen als heute mit 2,50 eus. so oder so, früher genau wie heute, wird kein mensch bei solchen konzerten reich.

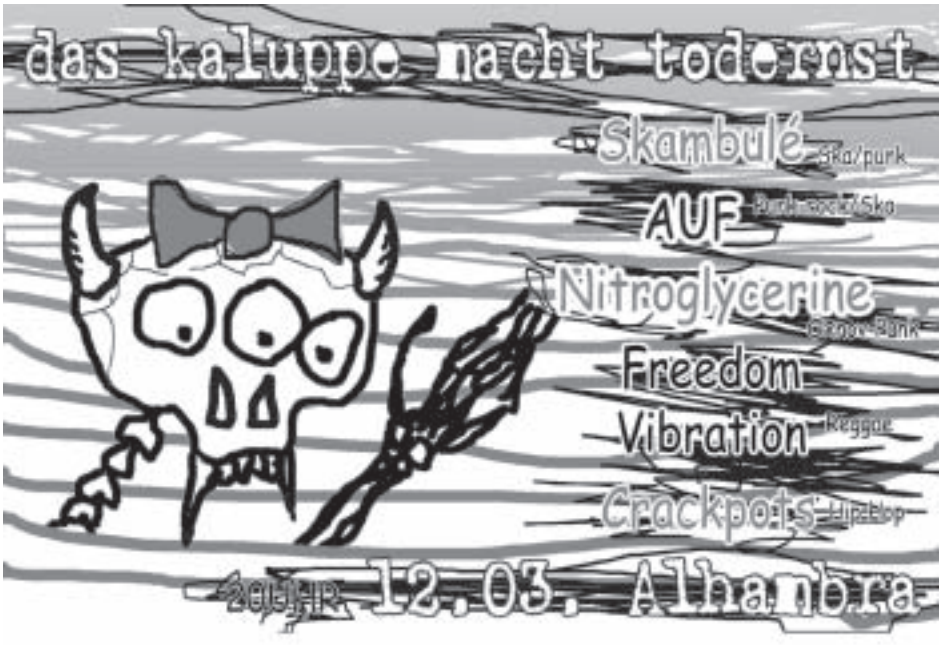
und 5 euros sind auch nur dann viel geld, wenn es um konzerte im alhambra geht. wenn es um einen kinobesuch, eine pizza oder ein paar zigaretten geht, sind 5 euros schnell ausgegeben. und wenn es um konzerte außerhalb des alhambras geht, sind die meisten schon froh, wenn sie „nur" das doppelte bezahlen müssen.

wenn ihr uns also euer schwer verdientes geld gebt, wisst ihr jetzt wenigstens, dass ihr damit so was tolles wie diese konzerte mit bands außerhalb der MTViva-liga überhaupt erst möglich macht.

dafür dankeschön, eure crushies.

demnächst:
8.4.. klezcore + presence of mind + nefo niek
21.5. crush hour festival mit
nitroglycerine + matini schmerzverstärker + nefo niek + lushus

das kaluppe präsentiert:



zeitprogramm

termine märz

Fr. 5.3.	22:00	Konzert: Mighty Vibes
Sa. 6.3.	22:00	LesBiSchwule Motto-Party
Di. 9.3.	21:00	RedRedRed-Konzert: Sunshine + Landmine Spring
Fr. 12.3.	20:00	Kaluppe-Festival mit: AUF, Nitroglyzerine, Freedom Vibration, Crackpots, Skambulé
Sa. 13.3.	22:00	Frauenlesben Black Beat Night
Fr. 19.3.	22:00	Reggae-Party
Sa. 20.3.	22:00	Männerfabrik
Fr. 26.3.	21:00	Crush Hour Concerts: Katzenstreik + Kleinstadthelden
Sa. 27.3.	22:00	Rosa Disco

termine april

Fr. 2.4.	20:00	Hip Hop Konzert
Sa. 3.4.	22:00	Homophilias
Do. 8.4.	21:00	Crush Hour Concerts: Presence of Mind + Klezcore + Nefo Niek

termine regelmäßig

Wöchentlich:

Mo. 18.00 Archiv
Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe
Do. 17.00 Jugendcafe „Kaluppe"
Do. 18.00 SchülerInnenbündnis „Swimmy"
Do. 18.00 Infoladen Metropole
Do.19.00 VoKü
Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21.00 Jazz-Cafe
2. Do. 21.00 Sansibar-Kneipe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 NutzerInnenplenum